

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einjährige Abonnementsgebühr 30 Pfennig. Restzahlung 2. — Reichsdruckerei „Kleine Anzeigen“ des Verlags. Preis 25 Pfennig (einschl. Post). Ferner: Druckerei „Kleine Anzeigen“ des Verlags. Preis 15 Pfennig (einschl. Post). Ferner: Druckerei „Kleine Anzeigen“ des Verlags. Preis 10 Pfennig (einschl. Post). Ferner: Druckerei „Kleine Anzeigen“ des Verlags. Preis 5 Pfennig (einschl. Post). Ferner: Druckerei „Kleine Anzeigen“ des Verlags. Preis 2 Pfennig (einschl. Post). Ferner: Druckerei „Kleine Anzeigen“ des Verlags. Preis 1 Pfennig (einschl. Post).

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: 2080-2081 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Poststr. 65 Diskontogesellschaft, Postfach 10000

Zentrum ohne Wirth?!

Baden stellt ihn nicht mehr auf. — Bürgerblockminister Köhler sein Nachfolger.

Freiburg i. Br., 21. März. (Eigenbericht.)

Der Landesauschuss des badischen Zentrums stellte heute in einer Sitzung, die bis 7 Uhr abends dauerte, seine Kandidaten für die Reichstagswahlen auf. An Stelle Wirths, der nach dem Tode Fehrenbachs die Liste führte, wurde Reichsfinanzminister Köhler Spitzenkandidat. Es folgen Diez, Erling, Föhr, Damm, Sonner, Frau Philipp. Neu für den Reichstag ist der bisherige Landtagsabgeordnete Föhr, der im Landtag den Kampf gegen die Simultanstule führte. Wirth ist überhaupt nicht mehr aufgestellt. Die ganze Liste bedeutet einen Sieg der liberal-föderalistischen Richtung.

Um den Eindruck abzuwachen, den man bei den Wählern befürchtet, hat die Parteileitung eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt:

Die Kandidatur von Herrn Dr. Wirth ist in der Vergangenheit innerhalb und außerhalb des Zentrums lebhaft erörtert worden. Die Gründe, warum eine Kandidatur Dr. Wirths lebhaft umstritten war, sind nicht nur in der Zentrumspresse, sondern auch außerhalb derselben weitgehend erörtert worden. Sie sind auch der Gegenstand einer eingehenden Aussprache innerhalb des Landesauschusses gewesen und führten zu dem

Beschluß, für diesmal von einer Aufnahme des Herrn Dr. Wirth abzusehen.

Dabei wurde allgemein betont, daß man seine Fähigkeiten und Verdienste anerkenne, und der Wunsch ausgesprochen, daß diese im Rahmen des Zentrums wieder einmal in den Dienst des deutschen Parlaments gestellt werden könnten.

Wenn man etwa aus den Beschlüssen des Landesauschusses den Vorwurf ableiten wollte, es sei damit ein Wandel in der politischen Linie beabsichtigt, die das badische Zentrum seit der neuen Ära eingehalten hat, so würde das der Wahrheit widersprechen.

Der Landesauschuss war einig und geschlossen in dem Ziele, die Fahne des Zentrums zum Siege zu führen, einig und geschlossen in dem Willen, durch das ganze Land im Geiste der Vater die politische Vorarbeit zu den Wahlen zu leisten und durch nichts sich darin stören zu lassen. Dabei war man getragen von dem Bewußtsein, welche hohen Güter dem Zentrum und seiner politischen Vertretung im Lande und im Reich anvertraut sind.

Der völlig inhaltlose und nichtssagende Schluß beweist am besten, wie sehr die Behauptung, daß kein Wandel der politischen Linie eingetreten ist, der Wahrheit widerspricht.

Wirth, der jetzt heimlos geworden, war nicht Zentrumsmann schlechweg, er war — und ist wohl noch — badischer Zentrumsmann. Nur in der alten demokratischen Kultur des deutschen „Mutterlandes“ war eine Erscheinung wie diese möglich. Denn das Zentrum war regional stets sehr verschieden: in Schlesien dominierte das Magnatenum, der industrielle Westen war schon lange Domäne der christlichen Gewerkschaften, die um ihrer Selbsterhaltung willen stets geneigt sind, das Trennende gegenüber den freien, den „roten“ Gewerkschaften stark zu unterstreichen. Im Südwesten aber, besonders in Baden, sah man mit freierem Blick über die Parteipfähle hinweg. Hier gab es mehr demokratischen Geist und weniger konfessionellen Fanatismus als sonst irgendwo. Das wird nun anders.

Baden ist Wirths politische Heimat. 1911 wurde der 32jährige Lehrer der Mathematik Stadtverordneter in seiner Vaterstadt Freiburg. Nach der Revolution wurde er badischer Finanzminister, dann, zwei Jahre später, Reichsfinanzminister, und im Mai 1921 übernahm er, 42jährig, das Reichsfinanzministerium, in dem er bis November 1922 verblieb. Die Verdienste, die er sich in dieser Zeit erworben hat, wird die Geschichte würdigen: ohne die Arbeit, die er damals mit seinen sozialdemokratischen und demokratischen Ministerkollegen leistete, wäre die Befriedung Europas durch die einst so viel umkämpfte „Erfüllungspolitik“ und die Festigung der Republik nicht möglich gewesen. Nach den Abirrungen der Cuno-Politik, die uns den Ruhr einmarsch brachte, war man abermals genötigt, sachlich auf die Politik Wirths und der Sozialdemokratie zurückzugreifen, sonst wäre Deutschland dem Chaos verfallen.

Wirth ist der Politik seiner Kanzlerzeit, der Politik der Koalition von Weimar, treu geblieben. Er hat den Ausfluß des Zentrums in die Bürgerblockpolitik nicht mitgemacht, sondern ihn öffentlich, auf der Reichstagstribüne, bekämpft. Damit hat er sich zweifellos gegen die Disziplin seiner Partei verständigt, wobei freilich zu bedenken ist, daß das Zentrum den Begriff der Parteidisziplin nie so straff gespannt hat — und wohl auch nie so straff spannen konnte — wie wir es tun.

Hoch über dem Formalen steht aber das Sachliche. Und da muß man sagen, daß Wirth heute mit der Entziehung des Mandats dafür bestraft wird, daß er recht behalten hat.

Die Disziplinierung Wirths wäre ein Akt politischer Konsequenz, wenn die Politik, die Wirth bekämpft hat, sich bewährt hätte, und wenn das Zentrum entschlossen wäre, sie weiter zu verfolgen. Jedermann weiß nun, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Die Bürgerblockpolitik hat sich, auch vom Standpunkt des Zentrums aus gesehen, nicht bewährt, denn was das Zentrum durch sie erreichen wollte, hat es nicht bekommen: das Reichschulgesetz. Das Zentrum hat selbst vor aller Welt das Scheitern seiner Politik verkündet, indem es sofort nach dem Fall des Schulgesetzes den Bürgerblock kündigte und sich nur nach langen Kämpfen und Krämpfen dazu verstand, ihn als „unangenehme Zwangsgemeinschaft“ bis zum Reichstagschluß fortvegetieren zu lassen. Von heute in neun Tagen ist auch das zu Ende, dann geht das Zentrum in den Wahlkampf ohne Schulgesetz und wahrscheinlich — ohne Wirth!

Wirth hatte seinerzeit diese Entwicklung der Dinge, soweit sie das Schulgesetz betrifft, vorausgesehen. Er hat seiner Partei prophezeit, daß sie durch ihr Eingehen in den „Bürgerblock“ soziale Interessen schädigen werde, ohne den bedungenen Preis dafür zu erhalten. Er hat gegenüber der engen Konfessionspolitik eine demokratische und soziale Politik gefordert. Daß es hierbei auch polemische Mißverständnisse gab, die durch das Temperament des Kämpfers hervorgerufen wurden, ist heute vollkommen nebensächlich. In der Sache hat Wirth, vom ganzen Zentrum nur Wirth, recht behalten.

Hat das Zentrum wirklich die Fehler seiner Politik erkannt, ist es ernstlich gewillt, neue Bahnen zu betreten, die dann nur die alten Bahnen der Wirth-Politik von 1921/22 sein können, dann war, rein logisch gesehen, Wirth für diese

Umstellung der gegebenen Führer. Jetzt erst recht war bei den Reichstagswahlen sein Platz an der Spitze seiner badischen Heimatsliste. Aber von da ist er verschwunden, und an seiner Stelle erscheint — Herr Dr. Köhler, Reichsfinanzminister des Bürgerblocks.

Herr Dr. Köhler war einst Wirths nächster Freund und Mitarbeiter. Dann ging er von Wirth zu Marx und mit Marx auf Bürgerblockwegen weiter und weiter. Jetzt ist er Spitzenkandidat in Baden und sieht ungerührt zu, wie sein alter Freund in die Wüste geschickt wird. . . .

Es ist möglich, daß sich das Zentrum noch einmal auf seine alte Klugheit besinnt. Wirth fallen zu lassen, wäre ja eine ungeheure Dummheit. Das Zentrum bewilligt — sehr gegen die Stimmung seiner Arbeiterwähler — den Panzerkreuzer. Es hat gestern die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen mitbeschlossen, und selbst einen demokratischen Antrag, der das Kontingent auf 70 000 Tonnen bemessen wollte, abgelehnt. Mit diesen Belastungen geht es in den Wahlkampf — will es wirklich auch den Fall Wirth noch mit dazunehmen? Das Zentrum mag immer noch mit einem gewissen Grade von Recht annehmen, daß es sich seinen Wählern gegenüber alles erlauben darf — dennoch kann niemand übersehen, daß sich, auch in seinen Reihen eine Gärung vollzieht, die durch den Fall Wirth eine starke Förderung erfahren kann. Ohne Wirth in den Wahlkampf? Da mag wohl mancher Zentrumsarbeiter nachdenklich werden.

Die Sozialdemokratie wird es keinesfalls an der nötigen Aufklärung fehlen lassen. Für sie bedeutet das Verhalten des Zentrums eine weitere Verbesserung ihrer Position im Wahlkampf. Niemand wird es ihr verübeln können, wenn sie die ihr gebotenen Chancen kräftig ausnützt!

Gefrierfleischdrofflung beschlossen!

Schlußabstimmungen über das Kriegsschädenschlußgesetz.

Der Reichstag erledigte gestern nach einer Aussprache das Kriegsschädenschlußgesetz.

Vor der Schlußabstimmung begründete Abg. Schirmer-Dresden (Soz.) einen Antrag den Billigkeitsfonds von 37 auf 50 Millionen Mark zu erhöhen und gibt folgende

sozialdemokratische Erklärung

ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist immer für eine ausreichende und der finanziellen Lage des Reiches entsprechende Regelung der Kriegsschäden eingetreten. Da die Reichsregierung in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien den für die endgültige Regelung der Liquidations- und Gesamtschäden zur Verfügung stehenden Betrag auf 1300 Millionen Mark begrenzt hat, so sah die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre wichtigste Aufgabe darin, für eine gerechte Verteilung dieser Mittel zu sorgen. Dieser Anforderung entspricht der vorliegende Gesetzentwurf aber nicht. Er bringt zwar gegenüber dem bisherigen Zustand Verbesserungen, insbesondere durch die Heraushebung der Grenze, bis zu der die Entschädigung von 100 Prozent gewährt wird, von 2000 auf 5000 Mark. Der Gesetzentwurf läßt aber die ebenfalls berechtigten Ansprüche der Kleinstgeschädigten bis zur Grenze von 2000 Mark unerfüllt. Dasselbe gilt von der Forderung, die hundertprozentige Entschädigung bis zu 10 000 Mark zu gewähren. Im Gegensatz zu diesen und anderen Härten bei den Kleinstgeschädigten steht die Bevorzugung der wenigen hundert Großgeschädigten, bei denen nicht einmal durch eine Höchstgrenze der Entschädigungsbetrag begrenzt wird.

Rund 300 000 Kleinstgeschädigte erhalten infolgedessen wesentlich weniger als etwa 3000 Großgeschädigte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser unsozialen Regelung entgegenzuwirken versucht. Sie hat verlangt:

1. daß die Kleinstgeschädigten bis zu 2000 M. einen Entwertungszuschlag von 20 Proz. erhalten;
2. daß alle Schäden bis zu 10 000 M. mit 100 Proz. entschädigt werden;
3. daß der Härtefonds auf 50 Millionen erhöht wird, und daß aus ihm nur solche Geschädigte berücksichtigt werden, bei denen der Grundbetrag der Entschädigung 20 000 M. und der Höchstbetrag einer Beihilfe 4000 M. nicht übersteigt;
4. daß der Höchstbetrag einer Entschädigung auf eine Million begrenzt wird und etwa erhaltene Rüchenschädigungen angerechnet werden.

Alle diese Anträge aber wurden abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion ist deshalb nicht in der Lage, diesem Geset-

entwurf zuzustimmen, da die Verteilung der vorhandenen Mittel unsozial und ungerecht ist und die Interessen der Kleinstgeschädigten denen der Großgeschädigten geopfert werden.

Auch die demokratische Fraktion ließ eine Erklärung abgeben, in der die soziale Ungerechtigkeit der Bürgerblockvorlage heftig angeklagt wird. Zu einer Ablehnung der Vorlage kann sie sich trotzdem nicht entschließen.

In der Schlußabstimmung

wird dem die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Böhmisches, Nationalsozialisten und Volksrechtspartei angenommen.

Angenommen wird eine Entschädigung aber Vorzinsen mit Ausnahme der Kommunisten, die die Reichsregierung ersucht, „für die Zwecke der Zinsvereinfachung für Darlehen an Liquidationsgeschädigte wieder aufzubauen“ Firmen zwecks Förderung des Außenhandels 1,5 Millionen Mark im Haushaltsjahr 1928 bereitzustellen. Diese Mittel sollen dazu dienen, die Verzinsung von Darlehen auf 4 Prozent für das Jahr zu erniedrigen, jedoch soll die Ermäßigung in keinem Falle 3 Prozent überschreiten.

Ferner wird nachstehender Ausschüßentwurf genehmigt:

- a) die Reichsregierung zu ersuchen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um bei der Endregelung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands eine besondere Berücksichtigung der kleinen Geschädigten aus Artikel 297 i. V. B. zu erzielen, die es gestattet, der Bestimmung des Artikels 297 i. V. B. gegenüber den Geschädigten in weiterem Umfange Genüge zu tun.

- b) die Reichsregierung zu ersuchen, baldmöglichst in eine Prüfung einzutreten, wann und in welchem Umfange die für die Ausgleichsgläubiger im § 1 des Reichsliquidationsgesetzes vorgesehene Regelung getroffen werden kann.

- c) die Reichsregierung zu ersuchen, beschleunigt zu prüfen, ob zur Erleichterung der Verwertung der den Kriegsschädigten gemäßen Reichsschuldbucheintragungen diese vom Steuerabzug vom Kapitalertrag befreit werden können.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht und das Befehlungsleistungsgesetz wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Gefrierfleischdebatte.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Einfuhrsteuern für Schweine und Schweinefleisch und über die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen ab 1. Mai 1928.

Ordnung in Langenöls.

Rückzug des Landbundes.

Breslau, 21. März. (Eigenbericht.)

Die auf Mittwoch 1 Uhr in Langenöls angelegte Versteigerung ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Zuzug von Landwirten aus der Umgebung hat nicht stattgefunden; auch die ortsanfällige Bevölkerung machte nicht den Versuch, die Versteigerung zu stören. Außer dem ortsanfälligen Landjäger waren weder Landjägerbeamte noch Schutzpolizei von auswärts anwesend.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die am Montag in Langenöls zu verzeichnenden Ursachen von der dortigen Leitung des Reichslandbundes vorbereitet waren. Am 6. März d. J. erschien 3 B. in der Rimpfischer Zeitung „Der Landsmann“ folgendes Inserat:

Bekanntmachung.

Die landwirtschaftlichen Säger von der heisteren Lerche singen von jetzt an zu den bekannt werdenden Zeiten in den bekannt werdenden Orten in größerer Zahl.
Von Schimpff.

Dieses Inserat bedeutete nichts anderes als eine Aufforderung an die Landwirte, den Versteigerungen beizuwohnen und sie durch Abhängen von Viehern zu stören. Der Kreislandbund hat zwar in der gleichen Zeitung vom 9. März eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich gegen derartige Störungen ausspricht. Das erste Inserat hatte aber inzwischen seine Wirkung getan. Am Montag erschienen die Landwirte aus Langenöls und aus der Umgebung zu Tausenden, um der Aufforderung vom 6. März Folge zu leisten. Schimpff übertrumpfte sein Inserat an dem betreffenden Tage noch durch heftige Redensarten. So rief er nach der Versteigerung unter anderem:

„Es haben sich leider Käufer gefunden, deren Namen zwar nicht bekannt, jedoch von mir festgestellt werden. Das ist eine Niederträchtigkeit und Gemeinheit, und ich werde dafür sorgen, daß die Arbeitgeber diese Personen striflos entlassen.“

Am gleichen Tage fügte er bei einer anderen Gelegenheit hinzu, daß er für das Leben derjenigen Personen, die etwas kaufen, nicht garantieren könne. Andere Gutsbesitzer äußerten:

„Wenn es hier knallt, dann knallt es auch woanders.“

Diese Feststellungen werden amtlich bestätigt. Aus alledem ergibt sich, daß es nur der außerordentlichen Zurückhaltung der Polizei zu verdanken ist, wenn es am Montag in Langenöls nicht zu einem Blutvergießen gekommen ist.

Bekanntmachungen des Landrats und des Kreislandbundes.

Anlässlich der Vorbereitungen bei der Versteigerung in Langenöls hat der Regierungspräsident Jänicke am 20. März im Kreise Rimpfisch mit den Vertretern der Landwirtschaft und des Kreislandbundes verhandelt, um weiteren Zwischenfällen vorzubeugen. Wie der Anwalt Breußliche Pressdienst meldet, hatten die Verhandlungen das Ergebnis, daß sich die Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise der Bevölkerung bereitwillig erklären, auf die ihnen nahestehenden Schichten einzuwirken, um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern.

Der Kreislandbund des Kreises Rimpfisch hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Eine am 20. März zwischen dem Herrn Regierungspräsidenten und Vertretern der Landwirtschaft des Kreises Rimpfisch in Jordanmühl stattgefundene Besprechung hat zur Folge gehabt, daß eine Nachprüfung der Steuerfälligkeiten und der wirtschaftlichen Lage der Langenölsener Landwirte unter der Leitung des Herrn Regierungspräsidenten eintritt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß unsere in den Blättern des Kreises bekanntgemachte Aufforderung, sich von jeder ungesetzlichen Handlung fernzuhalten, nachdrücklich aufrechterhalten wird. Unbesehrtenheiten gegen Vertreter staatlicher Autorität dürfen in unserem engsten Interesse nicht vorkommen. Behinderungen gesetzlicher Handlungen fallen unter den Strafbegriff der Nötigung und des Aufzuges — § 114 und 115 Str.-Ges.-Buch — und können die Teilnehmer in schweres Unglück bringen.“
Kreislandbund Rimpfisch, gez. v. Rohr.“

Der Landrat des Kreises Rimpfisch hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Auf die bei der Regierung in Breslau gegen die Zwangsversteigerungen in Langenöls erhobenen Beschwerden hat der Herr Regierungspräsident Gelegenheit genommen, an Ort und Stelle in eine Prüfung der Beschwerden einzutreten. Diese Prüfung konnte natürlich die für den 21. März in Langenöls angelegte Versteigerung nicht aufheben, da die Staatsgewalt vor den ungesetzlichen Handlungen in Langenöls und Groß-Aniegnitz in keiner Weise zurückzuweichen geneigt ist. Sofern aber die Nachprüfung durch den Herrn Regierungspräsidenten eine Verurteilung der vorgetragenen Beschwerden ergeben sollte, wird selbstverständlich dem Rechaung getragen werden.“

Der Landrat des Kreises Rimpfisch.“

Protest der Steuer- und Zollbeamten.

In einer Funktionärsversammlung des dem ADB angeschlossenen Reichsverbandes der Steuer- und Zollbeamten, die gestern tagte, wurde eine Entschliessung angenommen, in der gegen die Landbundshege und die Drohungen gegen die Finanzämter scharfster Protest erhoben und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung schnellstens Maßnahmen trifft, den Rädelshäuptern ihr unverantwortliches Handwerk zu legen. In der Resolution heißt es dann weiter:

„Die Finanzbeamten sind verpflichtet, innerhalb ihres Tätigkeitsgebietes den gegebenen Gesetzesbestimmungen Geltung zu verschaffen. Wer sie an dieser Pflichterfüllung durch Drohungen hindert, unterhöht die Grundlagen des Staates. Die Finanzbeamten können auf Grund ihrer Erfahrungen im Dienste sehr wohl ermessen, wo die Not tatsächlich vorhanden ist und wo sie nur als Mittel zu bestimmten Zwecken vorgetäuscht wird. Sie haben daher volles Verständnis dafür, daß die in wirtschaftlicher Not befindlichen Kreise der Landwirtschaft mit den geeigneten verfassungsmäßigen Mitteln für die Sicherstellung ihrer Existenz eintreten. Sie müssen es aber ganz entschieden zurückweisen, wenn in erster Linie solche Kreise der Landwirtschaft zu propagandistischen Aktionen gegen die Finanzämter aufgerufen, die durch ihre bisherige wirtschaftspolitische Einstellung die Allverantwortung an dieser betrüblichen Entwicklung tragen.“

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme und Schlichtung Entschliessungen vor, wonach bei Ausreisen von Roständen in der Fleischversorgung der ärmeren Bevölkerung sofort von der Möglichkeit der Wiederheraushebung des Kontingentes Gebrauch gemacht werden soll. Ferner sollen von der für die Hebung des Viehmarktes bereit zu stehenden Summe zunächst 2 Millionen Mark für die Zentralorganisationen der Verbraucher und Fleischer abgezweigt werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Wir lehnen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents ab, weil sie keinen Nutzen für die Landwirtschaft bedeutet, dagegen großen Schaden für weite Kreise der Bevölkerung. Die 2 Kilogramm Gefrierfleisch auf den Kopf der Bevölkerung können bei einem Gesamtfleischkontingens von 52 Kilogramm auf den Kopf im vorigen Jahr gar keinen Einfluss auf den Markt ausüben. Eine Lösung des Problems ist nur durch Hebung der Lebenshaltung der breiten Masse möglich, die eine stärkere Nachfrage nach Fleisch hervorgerufen würde. Gemäß die Industrie ist günstiger daran als die Landwirtschaft; sie diktiert die Preise mit Hilfe der Syndikate und anderer Organisationen. Aber, wenn wir ein Ueberangebot an Vieh haben, helfen auch keine Zölle, denn immer noch neuem wird sich eine preisdrückende Tendenz durchsetzen. Nun hofft man, mit Hilfe der Händler den Ueberdruck auf weniger überlastete Märkte zu bringen und sogar die Ausfuhr zu steigern. Aber wir werden schon von Dänemark und Frankreich her mit Vieh überflutet. Wie wollen Sie da auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig sein? Der Schweinemarkt wird sich bessern, aber nicht durch das Rotprogramm und nicht durch die Zölle, sondern durch Rückgang der Schweineproduktion infolge der schlechten Preise.

Den allein möglichen Weg zur Hilfe haben die an Dänemark abgetretenen schlesischen Bauern beschritten: sie haben Schlachthausgenossenschaften gegründet und sind jetzt konkurrenzfähig auch auf dem Auslandsmarkt.

Im Ausschuss sind zwei Verlegenheitsanträge des Zentrums angenommen worden. Einmal soll bei eintretendem Rotstand in der Fleischversorgung das Gefrierfleischkontingent erhöht werden. Ein solcher Rotstand kann gar nicht eintreten. Es hätte heißen müssen: Bei übermäßigen Preissteigerungen ist das Kontingent zu erhöhen. Durch den zweiten Antrag sollen Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Großfleischhändler direkt mit dem Käufer in Verbindung treten und sich durch Beiträge mit nichtliefernden Landwirten rückversichern. Das hat mit einem Programm für die Landwirtschaft gar nichts mehr zu tun, das ist eine Subvention an die Fleischer, die in jeder Beziehung unbillig ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir verlangen in einer Entschliessung, wenn schon das Kontingent herabgesetzt wird, daß dann mindestens die Gemeinden Bayerns, Württembergs und Thüringens prozentual in derselben Höhe wie bisher beliefert werden; denn nach den Absichten der Regierung muß man damit rechnen, daß manche Gebiete künftig überhaupt kein zollfreies Gefrierfleisch mehr bekommen sollen. Das müßte zur größten Unzufriedenheit in der betroffenen Arbeiterschaft führen.

Abg. Fromm (Dnat.) erklärt die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Vorlagen. Die Voraussetzungen, die selbsterzeit für die Zulassung des zollfreien Gefrierfleischkontingents vorliegen, seien heute nicht mehr vorhanden. Es bestehe vielmehr ein Ueberangebot an inländischem Vieh und Fleisch.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) beantragt, das zollfreie Gefrierfleischkontingent nicht auf 50 000, sondern auf 70 000 Tonnen herabzusetzen. Den Einfuhrzölenen für Schweinefleisch würden die Demokraten zustimmen. Bei einer vollständigen Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents würden die Demokraten einverstanden sein, wenn der autonome Zoll auf Gefrierfleisch wesentlich herabgesetzt wird. Bei Ablehnung dieses Antrages werde die Mehrheit der Demokraten gegen die Vorlage stimmen.

Reichsernährungsminister Schiele

erklärt, die Regierung sei bestrebt, den Zoll auf Gefrierfleisch möglichst bald zu rücken. Dem Abg. Schmidt gegenüber weist der Minister darauf hin, daß die Fleischzufuhr aus dem Auslande fast drei Viertel der Menge erreiche, die auf den Viehmärkten an deutschem Rindvieh zum Verkauf gestellt wird. Die Konkurrenz des zollfreien Gefrierfleisches sei tatsächlich sehr empfindlich für den deutschen Landwirt. Der Minister bittet um Ablehnung der sozialdemokratischen und demokratischen Anträge.

Abg. Hoerle (Komm.) lehnt die Vorlagen ab.
Abg. Dr. Hoerlacher (Bayer. Sp.) erklärt, die Konkurrenz der zollfreien Gefrierfleischverteilung bedrohe weniger die Großgrundbesitzer, sie sei vielmehr eine Existenzfrage für den Bauernstand. Die Bauernschaft leidet unter dem Preisfall der Viehpreise. Seit 1923 ist das Gefrierfleisch ohne genügende Fleischschau nach Deutschland hineingelassen worden. (Hört, hört! rechts.) Der Redner tritt für die Regierungsvorlagen ein und für die Ausschlußentscheidungen ein.
Die Abg. Rube (Natsoz.), Hahn-Thüringen (Chnat. Bauernpartei) und Weidenhöfer (Woll.) treten für die Vorlagen ein.
Damit schließt die Aussprache.

50 000 statt 120 000!

Der sozialdemokratische Antrag auf Beibehaltung des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingents wird in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 148 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Das Ergebnis wird mit Pfal-Rufen laus aufgenommen.

Der demokratische Antrag, der das Kontingent auf 70 000 Tonnen herabsetzen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 159 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Vorlagen werden nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge mit der Ausschlußentscheidung über erhöhte Gefrierfleischlieferung bei Roständen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die weiteren Ausschlußentscheidungen werden bis zum Nachtragszeit zurückgestellt.

Um 19½ Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Der Wahltermin.

Reichsanwalt Dr. Marx empfing gestern die Vertreter aller Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten zu einer Besprechung über die schwebenden politischen Fragen, besonders über die Beamtenfragen. Zu einem abschließenden Ergebnis kamen die Verhandlungen noch nicht. Die Fraktionsführer wurden gebeten, ihre Fraktionen zu befragen, ob sie auf die Durchführung der angenommenen Entschliessungen zur Befolgungsordnung verzichten wollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Franken (Soz.) nach dem Zeitpunkt des Wahltermins wurde auch diese Frage kurz behandelt. Eine endgültige Entscheidung über den Wahltermin liegt noch nicht vor; doch ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß die Reichstagsneuwahlen spätestens am 20. Mai stattfinden werden.

General Sikorski, Armeechefkommandeur in Venedig, ist auf Befehl Bismarck abgesetzt worden, weil er in einem Buch die Verdienste des Generals Rozwadowski bei der Zurückdrängung der russischen Offensiv auf Warschau im Sommer 1920 gerühmt hatte. Bismarck nimmt diese Verdienste belächelnd ganz für sich in Anspruch und hatte nach seinem gescheiterten Staatsreich den General Rozwadowski nachhergeleitet. Dieses neue Vorgehen Bismarck hat in weiten Kreisen Polens um so größeres Befremden hervorgerufen, als Sikorski in der Armee und in der Bevölkerung großes Ansehen genießt.

Die Lastenverteilung in Preußen.

Finanzdebatte im Landtag.

Der Landtag sah am Mittwoch nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen die Aussprache über den Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung fast. Hierbei kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Waentig sehr scharf den jetzt bestehenden Finanzausgleich. Ob eine Änderung des Systems in diesem Landtag und in diesem Jahre möglich sein wird, bezweifelte er, wie er überhaupt zum Ausdruck brachte, daß ein befriedigender Finanzausgleich erst kommen wird, wenn das praktische Problem der Lastenverteilung gelöst ist. Spornsamkeit dürfe im Etat nicht an falscher Stelle geübt werden, denn Streichungen beim Wohlfahrtsset würde die Auslieferung der breiten Massen an die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedeuten.

Eine große Rolle in der Aussprache spielte die Forderung der Stadt Berlin auf Festlegung einer höheren Ueberweisungsquote aus dem preussischen Finanzausgleich. Mit Ausnahme des demokratischen Redners Schmilgen sprachen sich sämtliche bürgerlichen Abgeordneten dagegen aus. Für die Sozialdemokraten war es der Abg. Hirsch, der mit aller Schärfe die Forderungen Berlins verteidigte. Weiter wurde der sozialdemokratische Antrag, der die Eingabe des Berliner Magistrats der Regierung zur Berücksichtigung überweisen wollte, abgelehnt. Dagegen stimmten die Rechtsparteien, das Zentrum und ein Teil der Demokraten. Die Eingabe wurde schließlich der Regierung zur Ermüdung überwiesen.

In der Debatte stellte der Finanzminister Dr. Häpfer-Kjoff den neuen Finanzausgleich für den 1. April 1929 in Aussicht. Er gab dann eine Uebersicht über die Ertrüger der Staatsausgaben für Kulturzwecke. Während das alte Preußen 1913 für den Zuschußbedarf des Kultusministeriums nur 32 Proz. der Gesamtausgaben auswarf, ist der Zuschuß 1927 auf 42 Proz. gestiegen. An diesem Mehrbedarf partizipieren die Universitäten, Technischen Hochschulen, Volkshochschulen gleichermaßen.

Gegen den Schluß der Sitzung hielt der deutschnationaler Abg. von Rohr noch eine edle Zankerrede. Er begründete den Antrag seiner Fraktion, daß alle Landwirte, die weniger als 1200 M. Einkommen versteuern, von der Grundsteuer und allen anderen staatlichen Abgaben befreit sein sollen! Natürlich habe die preussische Staatsregierung für die Rat des Landvolkes bisher nicht das geringste Verständnis gezeigt und dem Rotprogramm des Reichslandwirtschaftsministers alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet.

Kurz und bündig antwortete ihm der Finanzminister. Danach hat Reichsminister Schiele ganz pflächlich 85 Millionen vom Reichsrat als Hilfe für die Landwirtschaft verlangt, ohne die Forderung irgendwie zu begründen. Trotzdem habe Preußen zugestimmt. Preußen habe auch die 25 Millionen als Hilfe für die ländlichen Genossenschaften bewilligt, ohne bis heute zu wissen, wie das Reichsernährungsministerium diese Summen verteilt. Aber vielleicht könne Herr von Rohr bei seinen Beziehungen zur Reichsregierung und zur Landwirtschaft darüber nähere Auskunft geben. Damit war der pommerische Junfer für diesmal abgefertigt.

Das Haus stimmte sodann dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, der die Ablehnung zur Straßenerfolgung und Verhaftung der Abg. Bied und Eberlein (Komm.) wegen Hochverrats empfahl, zu. Nächste Sitzung: Donnerstag, 22. März.

Verstärkung des Staatsrechts.

Minister Köhler über seine Finanzpolitik im Hauptausschuss.

Bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung in der Mittwochssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt gab Genosse Keil einen eingehenden Bericht über die Gestaltung dieses Etats und der Gründe, die zu dieser Gestaltung geführt haben.

Gleich nach dem Genossen Keil nahm der Finanzminister Dr. Köhler das Wort zu einer langen Rede, in der er u. a. ausführte:

Ich habe bereits in meiner Etatsrede von einschneidenden Maßnahmen gesprochen, zu denen ich angeführt der Höhe des außerordentlichen Haushalts genötigt sein werde. Ich bin inzwischen noch einen Schritt weitergegangen und habe vom 1. März ab die gesamten Ausgaben des außerordentlichen Etats vorläufig gesperrt.

Meine jetzigen Maßnahmen, die sich u. a. auch erstrecken auf die genaueste Durchprüfung jeder einzelnen Position des außerordentlichen Auswands aller Ressorts, wird dazu führen, daß wir zu Absetzungen kommen. Was den Haushaltsausgleich betrifft, so können es nur die besondern Verhältnisse der Neuordnung in Deutschland rechtfertigen, daß immer wieder Nachtragsbudgets mit erheblichen Summen vorgelegt werden. Will man zu gesunden Finanzgrundlagen kommen, so müssen solche großen sachlichen Nachtragsbudgets auch endgültig der Geschichte angehören.

Trotz dieser Kritik an meinem Haushalt von 1928 glaube ich immer noch, daß dieser Haushalt, auch nachdem er durch das Rotprogramm der Reichsregierung erhöht wurde, zwar sehr angespannt, aber doch geordnet ist.

Nach dem Minister gibt Genosse Dr. Hilferding einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des staatsrechtlichen Untersuchungsausschusses und begründet die folgenden Entschliessungen, die im Untersuchungsausschuss gefaßt wurden.

A. Eine Auflegung von Reichsanleihen soll durch geschäftsführende Regierungen nicht erfolgen.

B. Die Hinausschiebung der Zinsfälligkeit einer Reichsanleihe kann nur durch Gesetz erfolgen.

C. Ausgabebewilligungen bei Dispositions- und ähnlichen Fonds dürfen auch vorschussweise oder durch Vorgriffe auf kommende Bewilligungen nicht übernommen werden.

D. Die Reichsregierung zu ersuchen, Richtlinien vorzulegen, welche 1. bei Veräußerung von erheblichen Vermögenswerten des Reiches, insbesondere Aktienpaketen durch die Reichsregierung eingehalten sind; 2. eine jährliche Vermögensaufstellung des Reiches regeln.

E. Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Entwurf zur Änderung der Reichshaushaltsordnung dahingehend vorzulegen, daß Vorträge, die über das laufende Staatsjahr hinaus die Verwaltung binden, vor ihrem Abschluß dem Reichsminister der Finanzen vorzulegen sind. Außerdem sollen im Haushaltsgesetz für 1928 Bestimmungen vorgesehn werden, daß im außerordentlichen Haushalt bewilligte Ausgaben nur im Rahmen der vom Reichsminister der Finanzen bereitgestellten Mittel geleistet werden dürfen.

Auswärtiger Ausschuss für Strefemann

Einnütige Billigung des Vorgehens gegenüber Moskau.

Im Auswärtigen Ausschuss berichtete gestern Dr. Strefemann über die bisher unternommenen Schritte in der Angelegenheit der Deutschenverhaftungen im Donez-Revier. Auf Grund seiner Mitteilungen billigte der Ausschuss einmütig — mit Ausnahme natürlich des kommunistischen Vertreters — die getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Auslegung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen bis zur befriedigenden Regelung des Konflikts.

Moskau hat neuerdings versprochen, die Untersuchung gegen die noch in Haft befindlichen Deutschen beschleunigt fortzuführen und deren Ergebnisse voraussichtlich in zwei bis drei Wochen mitzuteilen.

Die „Rote Fahne“ fordert Scheffers Ausweisung.

Die hier erwähnte überaus kritische Stellungnahme des Moskauer „B. T.“-Korrespondenten Paul Scheffer zu der Donez-Verhaftung hat, wie wir voraussehen, ein Wutgeschrei der „Roten Fahne“ entfesselt. Das Berliner Bolschewistenblatt fordert in dürren Worten die sofortige Ausweisung Scheffers aus Moskau:

„Wie lange glaubt das „Berliner Tageblatt“ die Gastfreundschaft der Sowjetunion durch den Verleumdung Scheffer mißbrauchen zu wollen? Wäre es nicht an der Zeit, Herrn Scheffer begreiflich zu machen, daß es der Tüchtigkeit seiner Ambitionen besser heute als morgen in eine Umgebung verlegen sollte, die seine Phantasie besser befriedigt als die rauhe Wirklichkeit der kapitalistischen Dummheit im proletarischen Staat?“

Wir unsererseits halten es an der Zeit, daß diesem strupelosen Verleumder die Maske des Sowjetfreundes endgültig und brutal vom Gesicht gerissen wird.

Man darf nun gespannt sein, wie die Sowjetregierung auf diese Forderung reagieren wird.

Die Phoebus-Untersuchung.

Der Unterausschuss des Haushaltsausschusses zur Untersuchung der Phoebus-Affäre erörterte am Mittwoch nachmittag den vom Berichterstatter Abg. Heinig (Soz.) vorgelegten schriftlichen Bericht und die von ihm aufgestellten Schlussfolgerungen. Am großen und ganzen ergab sich im Unterausschuss über den Bericht Einmütigkeit, während einige kleine Einzelbemerkungen nochmals erörtert werden sollen.

Der Bericht stellt die etatsrechtliche Seite in den Vordergrund. Nach seiner Drucklegung wird der Unterausschuss am Freitag nachmittag in einer letzten Sitzung die endgültige Fassung vornehmen. Der Bericht wird dann dem Plenum des Haushaltsausschusses zugeleitet werden, das sich voraussichtlich am Montag mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird.

Rentenbanknovelle im Reichsrat.

Schieles Vorschläge erheblich beschritten. Der Erfolg Preußens.

In der gestrigen Vollversammlung des Reichsrats wurde die Novelle zur Änderung des Gesetzes über die Rentenbankkreditanstalt verabschiedet und an den Reichstag weitergegeben. Die Absichten des Reichsfinanzministers Schiele und seiner Hintermänner erfüllten dabei allerdings zugunsten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse eine grundsätzliche Einschränkung, über deren Einzelheiten wir gestern schon berichtet haben.

Es ist jetzt nicht nur erreicht, daß durch den 28gliedrigen Reichstagsausschuss die Durchführung des Reiprogramms parlamentarisch kontrolliert wird. Auch die der Rentenbankkreditanstalt im Interesse der Großgrundbesitzer zugeordnete Monopolmacht für die Erweiterung ihres Geschäftskreises ist gefallen.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse erhält für den gesamten Verkehr mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften die Ausschließlichkeit. Die Rentenbankkreditanstalt darf nur in eng beschränktem Rahmen, der für neue Beteiligungen dazu noch an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates gebunden ist, an neu zu gründende Absatzgenossenschaften kurzfristige Kredite gewähren und auch auf dem Geldmarkt nur bis zu 10 Prozent ihres Grundkapitals entsprechende Mittel aufnehmen.

Eine weitere Beschränkung der großgrundbesitzlichen Rechte bedeutet die neue Bestimmung, daß die Rentenbankkreditanstalt sich zwar an der Preussenkasse mit Einsagen beteiligen darf, daß aber auch diese Beteiligung von der Zustimmung der Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates getragen sein muß.

Der Vertreter der bayerischen Regierung, der schon früher sich grundsätzlich gegen eine Ausdehnung der Befugnisse der Rentenbankkreditanstalt ausgesprochen hatte, hat nach den einschneidenden Veränderungen der Novelle für Bayern ebenfalls die Zustimmung erklärt. Im Reichstag dürfte die Annahme des Gesetzes sicher sein.

Barmat-Abschluß.

Prozeß der subjektiven Seite.

Nach fast siebenwöchiger Dauer wurden gestern, am 195. Verhandlungstag des Barmat-Prozesses, die Verhandlungen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung zum Abschluß gebracht.

Oberstaatsanwalt Raack gab bei seiner Behandlung des Kapitels „Allgemeine Garantien“ den Ausführungen der Angeklagten ein gewisses Schlüsselwort, in dem er hat, an der inneren Überzeugung, mit der die Staatsanwaltschaft diese Anklage vertreten habe, nicht zu rütteln. Es handelte sich hier um einen „Prozeß der subjektiven Seite“. Alle diese Dinge seien in eine verworrene Zeit gefallen, die hoffentlich zum großen Teil überwunden sei, und aus der sich manches erklären lasse.

Am Sonnabend werden die Angeklagten zum letzten Wort kommen und werden sie sich größtenteils auf kurze Erklärungen beschränken. Man hofft, mit der Urteilsberatung noch vor Ostern fertig zu werden. Wahrscheinlich wird das Urteil am 199. oder 200. Verhandlungstag unweilbar vor dem Ostersfest gesprochen werden.

Wahlunruhen in Buenos Aires sind das Vorbild zur Präsidentenwahl am 1. April. Drei Kandidaten wurden bei einer Schieberwahl gewählt. Expräsident und Kandidat Trigozon hat im Interesse der Ruhe und da er sich seines Wahlsieges sicher fühlt, seine Parteigänger aufgefordert, die Agitation einzustellen.

Die Landbundheke.

Vor den Kulissen.

Hinter den Kulissen.



„Jagt die Regierung zum Teufel!“



„Ach Gott, sie meinen es doch hoffentlich nicht ernst...“

Scharfmachereien in Genf.

Reaktionäre Ländervertreter gegen den russischen Plan.

Genf, 21. März. (Eigenbericht.)

Die Abrüstungskommission glied am Mittwoch zeitweise einem Kriegszustand, zeitweise einer antibolschewistischen Liga. Holland, Serbien, Polen, Belgien und Griechenland zeigten sich militärischer und sowjetfeindlicher als die Vertreter der Großmächte. Ihre Abweisung des russischen Vorschlages wurde zu einem

wütenden Angriff gegen den deutschen Standpunkt.

daß der § 8 eine Herabsetzung der Rüstungen schon jetzt fordere, und zu dem Bekenntnis, die militärischen Nachmittel würden nicht nur zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen internationalen Lage, sondern vor allem zur Aufrechterhaltung der sozialen Ruhe und Ordnung in den Staaten benötigt.

Der Holländer Rutgers, der in seinem Vaterland konservativer Parteiführer und Sekretär einer antirevolutionären Liga, erklärte, daß die Abrüstung zu inneren Unruhen, Revolten und Revolutionen führen würde und die Völker zu einer Beute von Briganten, Piraten, Abenteurern und Revolutionären mache. Polen und Belgien betonten, daß Rüstungen zur Aufrechterhaltung der internationalen gegenwärtigen Situation, für die der Völkerbund garantiert, nötig seien. Der Grieche Politis erklomm den Gipfel mit der Behauptung, eine so weitgehende Abrüstung sei durch die bekannten Bestimmungen, besonders die §§ 10 und 16, direkt verboten??? Die Mitglieder des Völkerbundes seien verpflichtet, Streitkräfte für die Landesverteidigung, die Beteiligung an Sanktionen und den

Schutz der inneren Ordnung

zu unterhalten. Die gewisse Rüstungsverminderung, die der § 8 erlaube, erfordere nicht nur eine genügende internationale Sicherheit, sondern auch eine Befriedung des Klassenkampfes und die Garantie des Völkerbundes für die innere Ordnung der Staaten. Die soziale und wirtschaftliche Sicherheit zu schaffen und zu verteidigen, gehöre gleichfalls zu den Verpflichtungen der Völkerbundmitglieder (?). Die Kommission habe gar kein Recht zur Behandlung des russischen Plans.

Finnland, Schweden und Amerika vermieden eine so stark reaktionäre Einstellung. Amerika erklärte zwar den russischen Plan für unannehmbar, sprach sich aber für eine schnelle Fortsetzung der begonnenen Arbeiten der Kommission und für baldige Abrüstungskonferenzen aus. Schweden betonte, daß mit der Rüstungsherabsetzung endlich begonnen werden müsse. Rußland und Bulgarien stimmten als einzige den Prinzipien des russischen Planes zu. Letzteres wies auf die Gefahr hin, die darin liege, daß die entwaffneten besiegten Staaten von schwer bewaffneten Nachbarn umgeben seien.

Am Donnerstag wird Litwinow antworten. Die reaktionären Angriffe auf den Klassenkampf der Arbeiterschaft und die deutschen Bekenntnisse zu militärischer Wachposten machen ihm wahrlich eine Antwort leicht. Die praktische Abrüstung allerdings wird durch den zu erwartenden propagandistischen Erfolg Litwinows nicht gefördert werden. Es ist sehr fraglich, ob der russische Vorschlag überhaupt im Detail behandelt wird.

Gegegen den russischen Plan einer Totalabrüstung in relativ kürzester Frist läßt sich verschiedenes einwenden, vor allem, daß er nicht aufrichtig, sondern nur agitatorisch gemeint ist; er wurde in der Überzeugung unterbreitet, daß er nicht die geringste Aussicht auf Annahme habe. Hätten Litwinows Vorschläge auch nur die kleinste Chance, aufgegriffen zu werden, dann hätte sich Moskau wohl gehütet, sie überhaupt einzubringen. Denn die Durchführung dieser extrem-pazifistischen Grundzüge, die sofortige Vernichtung aller Waffen und Heimsendung aller Offiziere und Soldaten würde die Existenzgrundlage des Sowjet-Regimes automatisch zerstören, weil dieses Regime nur auf Waffengewalt beruht. Deshalb enthalten die russischen Vorschläge wohlweislich nichts über eine Abschaffung der G.P.U. und ähnlicher Einrichtungen, die im Aufbau und Bewaffnung rein militärisch sind, abgesehen davon, daß sie nach außen hin großen Charakter tragen.

Was indessen in der gestrigen Sitzung an Argumenten gegen den russischen Plan vorgetragen wurde, fordert zum schärfsten

Widerspruch heraus. Das gilt vor allem für die Behauptung, daß die Heeresstreitkräfte notwendig seien „zum Schutze der inneren Ordnung“. Dazu ist die Polizei da und jeder zivilisierte Staat sollte in der Lage sein, seine innere Ordnung ohne Militär zu halten. Eine Regierung, die das nicht kann und die behauptet, auf das Militär angewiesen zu sein, beweist damit nur, daß sie morsch und unsähig ist. Das Argument von Politis, daß die Völkerbundbeschlüsse ihren Mitgliedern geradezu verbiete, auf eigene Faust reiflos abzurufen, ist eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes. Davon, daß die Völkerbundmitglieder zur Verteidigung der sogenannten „sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit“ verpflichtet seien, steht im Völkerbundstatut kein Wort.

Amanulloh verurteilt die westliche Kriegsführung.

London, 21. März.

Das afghanische Königspaar wohnte gestern in Zulworth einem Tankmanöver bei, an dem zahlreiche der modernsten Tanks teilnahmen. Nach Abschluß der Vorführung erklärte der König, er habe niemals ähnlich schreckenerregendes gesehen. Die westliche Kriegsführung sei unromantisch und furchterlich.

De Brouckère für restlose Räumung.

Eine Rede in Eibersfeld.

Eibersfeld, 21. März. (Mtg.)

Der sozialistische Senator und Delegierte Belgiens beim Völkerbund, de Brouckère, hielt in Eibersfeld eine Rede, in der er sich auch über das Schicksal des Saargebietes und Eupen-Malmédys äußerte. Für das Saargebiet verlangte er die Herstellung des Vorkriegszustandes, d. h. also, ein rein deutsches Saargebiet. Was Eupen und Malmédy betreffe, so sei die Bestimmung der Verhältnisse nur nach dem Willen der Bevölkerung vorzunehmen. Der Grundsatz „Recht werde Recht“ müsse die Lösung sein gegenüber der feinerzeitigen Abrüstungskommission. De Brouckère verlangte weiter die restlose Räumung des noch besetzten rheinischen Gebietes und die Entwaffnung der Welt, genau in dem Maße, wie Deutschland bereits entwaffnet habe.

Die neuen Großstädte.

Umschichtungen im Düsseldorf-Bezirk.

In einem Vortrag in der Düsseldorf-Handelskammer machte Landesrat Dr. Klz einige Mitteilungen über die Verwaltungsreform im dortigen Bezirk. Nach Durchführung der vorgesehenen Umgestaltung würden sich folgende Zahlen für die neuen Städte ergeben:

	Einwohner	Hektar Grundfläche
Essen	600 000	15 000
Düsseldorf	465 000	17 000
Duisburg	430 000	14 000
Gladbach	200 000	15 000
Krefeld	141 000	10 000
Mühlheim	129 000	9 000
Oberhausen	189 000	7 000
Renscheid	97 000	6 000
Solingen	135 000	8 000

Für die Wupperstadt Eibersfeld-Barmen 400 000 Einwohner auf 18 000 Hektar Grundfläche.

Chandi in Europa. Der Apostel des passiven Widerstandes gegen England in Indien, Mahatma Chandi, kommt im Sommer über Ostau nach Europa — wenn ihn die Engländer herauslassen.

Rache für Großwarden. Da die rumänische Staatsgewalt nicht umhin konnte, eine Anzahl Studenten und dergleichen wegen des Pogroms von Großwarden zu verurteilen, hat sie jetzt dort zum Ausgleich vierzig angebliche Kommunisten verhaftet.

Ausschussfikung des ADGB.

Unterstützungswesen / Hausarbeitsgesetz / Eine Holdinggesellschaft.

In der Sitzung am Dienstag berichtete Schlimme im Auftrag der Kommission für Verwaltungsreform über Vorschläge zur Vereinfachung der Unterstützungen in den Gewerkschaften. Besondere Vielseitigkeit herrsche auf dem Gebiete der Kampfunterstützungen, deren unterschiedliche Höhe am ehesten zu Einparungen der Mitglieder Anlaß gibt und ein erfolgreiches Zusammenwirken am meisten erschwere. Die Reformvorschläge bezwecken vor allem Bereitstellung größerer Mittel für Streit und Mahregelung. Da die Höhe der Unterstützungen sich in der Regel nach Zahl der geleisteten Beiträge richtet, so wird eine Begrenzung auf höchstens fünf Beitragsstufen für Streit- und Mahregelung empfohlen. Für die Berechnung der täglichen Unterstützung soll ein für alle Verbände geltender Multiplikator gelten, dem der Hauptbeitragsbeitrag zugrunde gelegt wird. Dabei sollen Beiträge, die die Mitglieder zum Bezuge von Invalident- und Altersunterstützung berechtigen, außer Anschlag bleiben. Eine völlige Uebereinstimmung läßt sich in diesem Unterstützungsweize schwer erzielen, da die erforderlichen Aufwendungen im wesentlichen bestimmt werden durch die zahlenmäßige und finanzielle Stärke der einzelnen Gewerkschaft und den Kampfeswillen des sozialen Gegenpielers im Unternehmerlager, sowie durch die jeweilige Konjunktur, mit der die Einzelverbände rechnen müssen. Dementsprechend sind die Unterschiede in den pro-Kopf-Ausgaben zu bewerten, die die Verbände

für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen

haben und die im Jahre 1925 mindestens 65 Pfennig und höchstens 29,66 Mark, im Jahre der Wirtschaftskrise 1926 dagegen mindestens 14 Pfennig und 7,51 Mark höchstens betragen. Diese Spannung gestattet den einzelnen Verbänden vielfach die sozialen Unterstützungen auszubauen, ohne besondere Beitragssteigerung eintreten zu lassen. Do eine Uniformierung der Leistungen nicht beabsichtigt und auch nicht durchführbar ist, empfiehlt die Kommission die übrigen sozialen Unterstützungen mit Ausnahme der Erwerbslosenunterstützung in dem bisherigen Umfang zu belassen und die Umzugsunterstützung in ihrer Höhe (abgesehen von Unterstützung für Gemahregelnde) zu begrenzen. Für die von zahlreichen Verbänden bereits eingeführte oder geplante Invalidentunterstützung hat die Kommission einheitliche Grundsätze ausgearbeitet und den

Vorständen der Verbände zunächst zur Stellungnahme unterbreitet, so daß der Bundesauschuss später entscheiden wird. Nach eingehender Debatte und einem Schlußwort von Schlimme wurde festgestellt, daß der Bundesauschuss den Vorschlägen der Kommission einstimmig zustimmte.

Gertrud Hanna sprach dann über die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zur

Änderung des Hausarbeitsgesetzes.

Der Bundesvorstand hat hierzu Anträge ausgearbeitet, über die jedoch mit den beteiligten Verbänden nicht abschließend verhandelt werden konnte. Die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums sieht die Einbeziehung der Zwischenmeister und ihrer Betriebe in das Hausarbeitsgesetz vor. Der Bekleidungsarbeiterverband billigte die Einbeziehung der Zwischenmeister, während andere Organisationen sie verworfen.

Nach einer lebhaften Diskussion schlug Leipart vor, daß der Bekleidungsarbeiterverband die Vorlage des Bundes noch einmal einer Prüfung unterziehen möge, um der Kommission der zunächst beteiligten Verbände und dem Bundesvorstand Vorschläge zur Abänderung zu unterbreiten.

In seiner Sitzung am 21. März behandelte der Bundesauschuss die Frage, ob es nicht zweckmäßig und notwendig sei, alle wirtschaftlichen Unternehmungen der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften in sachlichen Gruppen zusammenzufassen und darüber hinaus eine Holdinggesellschaft zu schaffen, die als zentrale Instanz den organisatorisch und wirtschaftlich notwendigen Ausgleich zwischen den sachlichen Gruppen vorzunehmen hätte. Die eingehende Aussprache, der ein vollständiger vom Bundesvorstand unterbreiteter Plan zugrunde lag, ergab für die Klärung der vorbereitenden Maßnahmen sehr wertvolle Gesichtspunkte. Der Bundesauschuss beauftragte den Bundesvorstand, eine

Erhebung über den Bestand an Unternehmungen und Vermögenswerten

der Gewerkschaften durchzuführen, um eine feste sachliche Grundlage für die detaillierte Durcharbeitung des Planes unter juristischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkten zu schaffen.

Wohlmodes. Die Ortsverwaltung will damit der Strukturänderung in der Berliner Metallindustrie Rechnung tragen und die Branchen möglichst nach Industriegruppen aufbauen, wie es bei den Betriebsräten bereits vor längerer Zeit geschehen ist. Die Kommunisten behaupteten, daß die Ortsverwaltung mit diesem Antrag nur eine weitere „Rechtsmache“ der Mitglieder beabsichtige. Der Antrag wurde mit der üblichen Mehrheit angenommen.

Die heftigste Debatte entfaltete folgender Antrag der Bezirksleitung des 21. Bezirks:

„Mit Entrüstung und zu unserem größten Bedauern haben wir die Schreibweise der „Roten Fahne“ verfolgt während der Zeit, wo unsere Organisation in den schwierigen Verhandlungen mit den rheinischen Metallindustriellen um die Wiedererobierung der achtstündigen Arbeitszeit stand und die „Rote Fahne“ jeden Tag, vom Beginn bis zum Teilerfolg, von beginnendem und vollendetem Verrat schrieb und unseren leitenden Kollegen in der Organisation Verleumdung und dergleichen Dinge zum Vorwurf machte. Diese Schreibweise konnte von der scharfmacherischen Presse der Unternehmer nicht überboten werden.“

Den höchsten Gipfel der Gemeinheit leistete sich aber die Nummer 306 vom Freitag, dem 30. Dezember 1927. In einem spaltenlangen Artikel wirt sie tausenden unserer besten Kollegen, unseren 25jährigen Subliaren, „solenne Fresserei und Aneiperei“ vor. Dieses Blatt ist Publikationsorgan unserer Organisation.

Die Generalversammlung beschließt, die Ortsverwaltung zu verpflichten, diesem Organ in Zukunft die Insertion zu entziehen, da die Schreibweise nicht nur organisationshemmend, sondern organisationschädigend wirkt.“

Besreiten konnten die kommunistischen Redner natürlich nicht, daß die „Rote Fahne“ der Organisation bei jeder Gelegenheit Knüttel zwischen die Beine wirft. Sie versuchten aber, die gemeinen Verleumdungen und Beschimpfungen als eine notwendige (!) und die Organisation fördernde (!) Kritik hinzustellen. Von unseren Genossen wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Kommunisten in der Partei schon längst darauf hinwirken können, daß diese Verunglimpungen unterbleiben. Wenn die Kommunisten auf ihr Parteiorgan nicht diesen Einfluß haben, müssen sie sich schon damit abfinden, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich gegen solche Gemeinheiten wehren.

Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen kommunistischen Anträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt oder abgelehnt.

Faschistische Arbeiter unerwünscht.

Der Schweizerische Baumeisterverband pflegte bisher alljährlich einige 100 italienische Arbeiter für die Saisonarbeiten in der Schweiz anzunehmen. In diesem Jahre haben sich die Verhandlungen jedoch zerlegt, weil die italienische Regierung die Auswahl der zu entsendenden Arbeiter selbst vornehmen wollte. Der Baumeisterverband sollte nur 20 Proz. der in Frage kommenden Arbeiter ausfinden dürfen. Er lehnte es jedoch ab, ausschließlich faschistische Arbeiter anzustellen. Statt dessen wurden 500 Arbeiter aus dem österreichischen Burgenland verpflichtet.

Ausperrung bei der Ostindischen Eisenbahn.

Heute wurden Polizeiverstärkungen und Truppen nach den großen Reparaturwerkstätten der Ostindischen Eisenbahn in Piliuah entsandt, wo infolge der Ausperrung von Arbeitern mit dem Ausbruch von Unruhen gerechnet wird. Die Gärung unter den Arbeitern hat sich auch auf andere Betriebe der Ostindischen Eisenbahn ausgedehnt.

Polizei und Militär! Sie müssen dem Unruhemertum helfen, die von ihnen bis zur „Gärung“ geschundene Arbeiterschaft zu „beruhigen“.

Angestellte der Berliner Metallindustrie!

Öffentliche Versammlung heute 19½ Uhr in den Sophienhallen, Sophienstraße, Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Angestellten an den neuen Reichstag. 2. Bericht über die am gleichen Tage stattgefundenen Verhandlungen mit dem ADGB. 3. Angestellten und Kollegen! Beweist der Öffentlichkeit durch einen Massenbesuch, daß die Angestellten der Berliner Metallindustrie einbaldig eine einheitliche Schlichtung verlangen. (Vgl. Metallarbeiter, Jäger, Lange, Günther.)

Über die technischen Angestellten und Beamten. Vortrag, Freitag, 18 Uhr. Jahresgeneralversammlung im Gewerkschaftshaus, Angelierstraße 24/25. Anwesenheit aller Delegierten ist Pflicht. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Angestellten im vergangenen Jahre. 2. Bericht über die am gleichen Tage stattgefundenen Verhandlungen mit dem ADGB. 3. Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Angestellten an den neuen Reichstag. 2. Bericht über die am gleichen Tage stattgefundenen Verhandlungen mit dem ADGB. 3. Angestellten und Kollegen! Beweist der Öffentlichkeit durch einen Massenbesuch, daß die Angestellten der Berliner Metallindustrie einbaldig eine einheitliche Schlichtung verlangen. (Vgl. Metallarbeiter, Jäger, Lange, Günther.)

Die Berliner Metallarbeiter hatten am Montagabend in den Sophienhallen ihre Quartalsgeneralversammlung. Nach dem vom Genossen Schmidt gegebenen Kassenbericht für das 4. Quartal folgte ein Lichtbildvortrag von Dr. Rajerczyk über „Die Entwicklung der Berliner Städtischen Elektrizitätswerte seit dem Jahre 1924“.

Im Anschluß daran ging die Versammlung zur Erledigung der Anträge über. Die engere Ortsverwaltung beantragte, die im April fälligen Reumahlen der Branchenleitungen zurückzustellen. Die Verwaltung will einen Entwurf ausarbeiten zur Reorganisation des Branchenaufbaues und zur Änderung des

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Allingelbier; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Kultur: A. B. Böhler; Polizei und Beamten: Reich Karst; Anzeigen: H. Stöckel; Amtlich in Berlin: Berlin; Fernstudien-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Straß 2, Telefon 2400 und 2401.

Der Reichsbahnschiedspruch.

Für die Eisenbahnerverbände untragbar.

Im Lohnstreik bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde von der Schlichterkammer unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. von Möllendorf gestern im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt.

Der Spruch sieht für die verschiedenen Lohngebiete eine Erhöhung der geltenden Grundlöhne von drei bis fünf Pfennig für die Lohngruppe 3 vor. Die Löhne der übrigen Lohngruppen erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis. Der Zuschlag für Uebersichtarbeit soll 25 Proz. betragen. Diese Lohnregelung soll erstmalig zum 31. März 1929 kündbar sein. Erklärungsfrist bis Montag, den 26. März, abends 6 Uhr.

Dieser Schiedspruch wird von allen beteiligten Organisationen der Eisenbahner als untragbar bezeichnet. Einmal, weil die darin vorgesehenen Lohnzulagen viel zu niedrig sind, weiter aber, weil diese Lohnzulagen prozentual erfolgen sollen, so daß die am schlechtesten gestellten Gruppen die geringsten Zulagen erhalten.

Während die etwas besser gestellten Gruppen Zulagen bis zu sechs Pfennig bekämen, würden die Eisenbahner der niedrigsten Gruppen nur zwei Pfennig Zulage erhalten. Durch die fortgesetzte prozentuale Bemessung der Lohnzulagen wird die Lohnspanne zwischen den einzelnen Lohngruppen immer mehr auseinandergezogen, zum Schaden der untersten Gruppen, die der Verbesserung am ehesten bedürfen.

Schließlich ist auch die Bindung auf ein volles Jahr, die bei einer angemessenen Lohnhöhung eher erträglich wäre, bei den geringen Zulagen, die der Schiedspruch vorsieht, unerträglich.

Die Vertreter der Organisationen werden heute unter sich über die durch diesen Schiedspruch geschaffene Situation beraten.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Die Verhandlungen bei der Reichspost haben auch am Mittwoch noch kein Ergebnis gebracht. Das Reichspostministerium wartet, wie wir bereits angedeutet haben, auf den Schiedspruch im Lohnstreik bei der Reichsbahn, um sich ihn zum Muster zu nehmen.

Wenn Reichspost und schließlich auch noch die Finanzministerien für die Regelung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter nach dem Vorbild des jetzt vorliegenden Eisenbahnerschiedspruchs vorgehen wollen, dann dürften sie sich auf einen ersten Konflikt mit der Arbeiterschaft gefaßt machen; denn man kann unmöglich Hunderttausende von Arbeitern mit Bettelpfennigen abspelsen.

Keine Einigung im Buchdruckgewerbe.

Die Unternehmer wollen Verbindlichkeitsklärung!

Die gestern im Reichsarbeitsministerium geführten Nachverhandlungen zum Schiedspruch vom 16. März sind ergebnislos verlaufen. Die Versuche des Verhandlungsführers, die Parteien zu einer Einigung durch Verleubarung zu veranlassen, scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer, die jedes Entgegenkommen ablehnten und auf ihrem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung beharrten. Nunmehr bleibt abzuwarten, ob der Reichsarbeits-

minister wirklich den gänzlich unzulänglichen Schiedspruch, der den Arbeitsfrieden im Buchdruckgewerbe nicht sichern, sondern nur gefährden kann, als gerecht und billig erklären wird.

Eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers wird erst in einigen Tagen erwartet.

Schiedspruch für das Baugewerbe.

Sechs Pfennige Stundenloohnerhöhung.

Für das Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe hat das Landamt unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Riese einen Schiedspruch gefällt. Der Schiedspruch sieht für alle Bauarbeitergruppen einen Zuschlag von sechs Pfennigen auf den tariflichen Stundenlohn vor. Diese Regelung soll bis zum 28. September 1928 gelten. Die Erklärungsfrist geht bis zum 4. April.

Konferenz der Krankentassenangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hatte zum Sonntag eine Konferenz der Krankentassenangestellten der Provinz Brandenburg nach Berlin einberufen. 45 Ortsgruppenvertreter waren anwesend.

Der Kollege Brenke vom Vorstand des ZvA schloß die eingehende die schwierigen Verhandlungen zum Neuaufschluß des Tarifvertrages. Besonders störend haben sich bei der Neuverhandlung der Befolgung der Krankentassenangestellten die Eingriffe des preussischen Wohlfahrtsministeriums bemerkbar gemacht. Am Wohlfahrtsministerium sind Kräfte am Werke, denen es ein Dorn im Auge ist, wenn die Organisationen der Krankentassen mit dem ZvA, der Berufsorganisation der Krankentassenangestellten, auf dem Wege des Tarifvertrages die Anstellungsverhältnisse selbst regeln. Die entstandenen Schwierigkeiten werden es notwendig machen, daß das veraltete Dienstrecht, wie es in der Reichsversicherungsordnung festgelegt ist, geändert werden muß.

Der Generalsekretär forderte die Delegierten auf, sich mehr als bisher um die Angelegenheiten der Sondertassen anzu kümmern. Durch die völligene Ausschuss- und Vorstandswahl ist auch in den meisten Sondertassen der bestimmende Einfluß der Großgrazier gebrochen, so daß mit den Angestellten dieser Tassen nur die persönliche Fühlung aufgenommen werden muß, um sie der freien Gewerkschaft zuzuführen.

Abwehr gegen Arbeiterzerfplitterung.

Beschluß der Metallarbeiter.

Die Berliner Metallarbeiter hatten am Montagabend in den Sophienhallen ihre Quartalsgeneralversammlung. Nach dem vom Genossen Schmidt gegebenen Kassenbericht für das 4. Quartal folgte ein Lichtbildvortrag von Dr. Rajerczyk über „Die Entwicklung der Berliner Städtischen Elektrizitätswerte seit dem Jahre 1924“.

Im Anschluß daran ging die Versammlung zur Erledigung der Anträge über. Die engere Ortsverwaltung beantragte, die im April fälligen Reumahlen der Branchenleitungen zurückzustellen. Die Verwaltung will einen Entwurf ausarbeiten zur Reorganisation des Branchenaufbaues und zur Änderung des

Schokoladen-Pudding-Vanillepudding



Maßgebende

Ernährungsphysiologen

sind der Ansicht, daß diejenige gemischte Kost die zuträglichste ist, die einige Mal wöchentlich kleine Fleischgaben, täglich reichlich Gemüse und Obst und im übrigen Milchmehlspeisen enthält. Sicher ist es nun jedem erwünscht, auch eine Abwechslung in den Mehlspeisen zu haben. Hier kommen Ihnen Dr. Oetker's Puddingpulver, die leicht und schnell mit Milch zu bereiten sind, sehr entgegen. Sie ergeben schmackhafte und wohlbekömmliche Nachspeisen. Dr. Oetker's Puddingpulver sind ebenso wie Backpulver „Backin“, Vanillin-Zucker, Gaslin usw. infolge großen Umsatzes in allen Geschäften stets frisch zu haben. — Viele neue u. wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen das

neue farb. illustr. Oetker-Rezeptbuch, Ausg. F., das für 15 Pfg. in allen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. — In vollständig neuer Bearbeitung ist Dr. Oetker's Schalkbuch, Ausgabe C, wieder erschienen. Das Buch ist mit seinen ca. 500 Koch-, Back- und Einmach-Rezepten und vielen farbigen Tafeln für jede und besonders für die angehenden Hausfrauen ein guter Ratgeber für die Haushaltung. Es berücksichtigt die veränd. wirtschaftl. Verhältnisse, sowie die neuen Forschungsergebnisse in d. Ernährungsphysiologie. Wo nicht vor. ist das 150 Seiten starke Buch in dauerhaft Pappeband geg. Einband. von 30 Pfg. in Marken von mir portofr. zu beziehen. Dr. August Oetker, Bielefeld.

Die Feuerwalze.

Brände über Brände. — Folgen der Trockenperiode.

Aus allen Teilen des Reiches werden weiterhin große Moor- und Waldbrände gemeldet. Beträchtliche Werte sind in den letzten drei Tagen durch die aufeinanderfolgenden Katastrophen vernichtet worden.

Bei Hannover ist im Langenbaggischen Moor ein Brand ausgebrochen, der sich gegen 11 Uhr so verstärkte, daß die Feuerwalze auf den städtischen Forst übergrieff. Die Oberförsterei sah sich genötigt, weitere Hilfe zu alarmieren. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten wurden zwei Bereitschaften Schutzpolizei eingesetzt. Das Feuer bewegt sich bereits über 8 bis 10 Kilometer. Auch aus den übrigen Teilen der Provinz Hannover werden Moorbrände gemeldet.

Aus Anhalt kommt die Meldung, daß durch Funkenwurf einer Eisenbahnlokomotive in der Rosigauer Heide ein Brand entstand, der sich infolge des scharfen Ostwindes rasch ausbreitete. Etwa 15 bis 20 Morgen Wald wurden vernichtet, ehe das Feuer gelöscht werden konnte.

In Pommern brach in dem Walde zwischen Bugtow und Jewitz ein Feuer aus, das einen außerordentlichen Umfang annahm. Etwa 2000 Morgen Wald stehen in Flammen. Die Flammen schlugen meterhoch. In den Nachmittagsstunden gelang es, ein Umschlagreifen des Feuers zu verhindern. Der Schaden läßt sich noch nicht überschätzen. Ein weiterer Waldbrand entstand in der staatlichen Oberförsterei Taubenberg bei Bütow, der an der trockenen Heide reiche Nahrung fand und sich mit ungeheurer Geschwindigkeit ausbreitete. Große Waldflächen standen in Flammen. Nach drei Stunden konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden.

An der holländischen Grenze geriet auf der Geldernschen Kreisbahn, wahrscheinlich durch Funkenflug aus einer Lokomotive, ein mit Stroh beladener Güterwagen zwischen dem Borort Nuvvel und dem Parkflecken Straelen in Brand. Der brennende Wagen wurde abgeloopelt, er rollte auf der abschüssigen Strecke nach Nuvvel hinunter, wo er drei Häuser und die Schule in Brand legte. Ein Haus und die Schule brannten vollständig nieder, während bei den beiden anderen Häusern die Dachziegel abbrannten. In der Nacht geriet dann gleichfalls infolge Funkenflugs das in der Nähe der Brandstätte gelegene An-

wesen eines Bittes in Brand. Es wurde ebenfalls ein Raub der Flammen.

Der Kaper Wald, das Ausflugsziel der Düsseldorf, wurde gleichfalls von einer Brandkatastrophe heimgeucht. Das Feuer war durch unvorsichtiges Wegwerfen einer Zigarre verursacht worden und dehnte sich infolge des herrschenden starken Windes schnell aus. Die Bekämpfung des Feuers gestaltete sich schwierig, da durch Funkenflug der trockene Waldboden an anderen Stellen immer wieder in Brand gesetzt wurde. Nach mehrstündigem Mühen gelang es schließlich, das Feuer zu löschen.

Die zwei Trockenperioden der letzten Monate haben Wald und Heide ausgedörrt. Das Land schreit nach Regen. Ein Funke aus dem Schornstein der Lokomotive, ein unachtsam weggeworfener brennender Zigarettenstummel genügen, um weite Flächen in Brand zu setzen und wertvolle Kulturen zu vernichten.

Großkampftag bei der Feuerwehr.

Fünzig Alarme am Vor- und Nachmittag. — Ein Rekord.

Bei der Berliner Feuerwehr herrschte gestern Hochbetrieb. Von 9 Uhr morgens bis 19 Uhr abends liefen nicht weniger als 50 Hilferufe aus allen Stadtteilen ein. Unaufhörlich rasselte das Telephon. Dachstuhl-, Wohnungs- und Waldbrände und Gasvergiftungen waren die Ursache des größten Teils der Alarme. Ein Rekord- und Großkampftag, wie er seit vielen Monaten nicht mehr zu verzeichnen war. Auf dem Lagerplatz der Firma Otto Fritzsche in der Kleiholzstraße in Treptow entstand gegen 16 Uhr ein größeres Feuer. Der Brandherd erstreckte sich auf eine Fläche von fast 4000 Quadratmetern. Große Borräte von Brethern, Kist- und Kuchholzern, sowie ein Schuppenkomplex wurden ein Raub der Flammen. Bei den Löscharbeiten erlitt ein Brandmeister schwere Augenverletzungen. — In der Lyoner Str. 31 brannte ein Teil des Vorderhausdachstudles nieder. Zwei Brüder waren drei Stunden an der Brandstätte tätig. — Viel Arbeit verursachten auch gestern wieder zahlreiche Wald- und Wiesenbrände, so in Wittenau, Zegel, Karlshorst, Johannisthal usw.

Entscheidung über Flugplatzverlegung.

Brix bleibt für Siedlungszwecke erhalten.

Der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Ausschuss zur Prüfung der Vorlage des Magistrats über die Verlegung des Flugplatzes Adlerhof nach Brix hat in seiner gestrigen Sitzung einen endgültigen Beschluß gefaßt.

Nachdem der Ausschuss eine Reihe Sachverständiger für das Flugwesen angehört hatte, die das Gelände in Rudow für sehr geeignet hielten, beschloß der Ausschuss, der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt das Gelände in Rudow anzubieten. Der Ausschuss nahm den vorliegenden sozialdemokratischen Antrag, der Versuchsanstalt das Gelände in Rudow zu überlassen, einstimmig an, während ein Antrag, das Gelände in Brix zur Verlegung zu stellen, abgelehnt wurde. Die Berliner Stadtverordneten werden sich heute abend in ihrer Sitzung bereits mit der Uebertragung des Geländes in Rudow an die Versuchsanstalt beschäftigen. Der eigentliche Vertrag mit der Versuchsanstalt wird erst später abgeschlossen. Die einzelnen Bestimmungen des vom Magistrat vorgelegten Vertrages über die Ueber-

tragung des Geländes sollen erst gründlich überprüft werden. Auch besteht die Absicht, in den Vertrag neu aufzunehmen, daß in das Direktorium der Versuchsanstalt ein Vertreter des Magistrats aufgenommen wird. Nach diesem Ausschlußbeschluß, dem sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung anschließen wird, kann der Versuch, einen Teil des ehemaligen Rittergutes Brix der Versuchsanstalt zu überlassen, als endgültig gescheitert betrachtet werden.

Ueberfall aus Rache.

In der Nacht zum Dienstag wurde ein junger Kaufmann R. aus Friedrichshagen, der sich gegen Mitternacht von Hirschgarten her auf dem Heimwege befand, überfallen und schwer mißhandelt. Aus einem Gebüsch heraus sprangen ihn plötzlich drei Männer von etwa 30 bis 35 Jahren an, schlugen ihn nieder, mißhandelten ihn schwer, zogen ihm Mantel, Jackett und die Weste aus und ließen ihn so halbentkleidet in der Kälte liegen. Als der Ueberfallene wieder zu sich kam, waren die Uebelthäter längst verschwunden. Er schleppte sich nach Hause und erstattete gestern morgen Anzeige. In der Manteltasche befanden sich sein Portefeuille

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Aber die Ereignisse konnten nicht auf Mr. Barnstaple warten. Er wurde bei Tagesgrauen von Pent gerufen, der ihm mitteilte, daß die Garnison fortan jeden Morgen durch ein elektrisches Signal, das er und Ridley erfonnen hatten, geweckt werden würde. Während Pent sprach, eröffnete ein verheerendes Geheul dieser Erfindung die neue Tagesordnung. Er überreichte Mr. Barnstaple einen aus einem Notizbuch gerissenen Zettel Papier, auf dem Mr. Catskill geschrieben hatte:

„Nicht-Kämpfer Barnaby. Hat Ridley bei der Bereitung des Frühstücks, Lunchs und Dinners zu helfen; Zeit und Wenu an der Wand der Messe; abräumen und ordentlich aufwaschen; die übrige Zeit zur Verfügung von Lt. Hunter, um im chemischen Laboratorium die Bombenherstellung zu versuchen. Reinigen des Laboratoriums.“

„Das ist Ihr Dienst,“ sagte Pent, „Ridley wartet auf Sie.“

„Gut,“ sagte Mr. Barnstaple und stand auf. Es hatte keinen Zweck, einen Streit heraufzubeschwören, wenn er entfliehen wollte. So begab er sich zu dem narbigen und verbundenen Ridley und sie ahmten sehr gut die britische Militärkürche aus dem großen rauhen Jahr 1914 nach.

Zum Frühstück um halb sieben Uhr wurde jeder durch ein zweites Solo der Sirene herausgeholt. Die Männer wurden in Reih und Glied aufgestellt und von Mr. Catskill, an dessen Seite Mr. Dupont stand, inspiziert. In gleicher Richtung wie diese beiden, aber einige Yards seitwärts stand Mr. Hunter; alle anderen Männer waren angeordnet, mit Ausnahme von Mr. Burleigh, der Zivilgouverneur in Utopien sein sollte und vermöge jener Eigenschaft noch im Bette lag, und Mr. Barnstaple, dem Nicht-Kämpfer. Mr. Greta Grey und Lady Stella saßen in einer sonnigen Ecke des Hofes und nahen an einer Fahne. Es sollte eine blaue Fahne mit einem weißen Stern werden, einem Zeichen, das irgendeiner bestehenden National-Flagge genügend unähnlich war, um eine Verletzung der patriotischen Gefühle eines Mitgliedes der Gesellschaft zu vermeiden. Sie sollte den Erdlings-Völkerbund repräsentieren.

Nach der Parade zerstreute sich die kleine Garnison auf ihre verschiedenen Posten und zu ihren Obliegenheiten. Mr.

Dupont übernahm das Oberkommando und Mr. Catskill, der die ganze Nacht hindurch gemacht hatte, ging schlafen. Er hatte die napoleonische Eigenschaft, zu jeder beliebigen Tageszeit ein oder zwei Stunden schlafen zu können.

Mr. Pent stieg auf den höchsten Punkt der Festung, wo die Sirene installiert war, um Ausschau zu halten.

Mr. Barnstaple konnte, als er mit Ridley fertig geworden war, und ehe Hunter bemerkte, daß seine Mühlse verfügbar sei, einige Augenblicke ergattern und diese Zeit verwandte er auf eine Besichtigung der Burgmauer auf der Seite, an welcher sich die Abhänge befanden.

Während er an der alten Brustwehr stand und die Aussichten erwog, wie er am Abend in der Dämmerung entschlipfen könnte, erschien über dem Felsen ein Flugzeug und ging auf dem nächstliegenden Abhang herunter. Zwei Utopen stiegen aus, sprachen eine Zeit lang mit dem Flugzeugführer und wandten sich dann der Erdlings-Festung zu.

Ein einziger Ton der Sirene rief Mr. Catskill hinaus auf die Brustwehr, an die Seite Mr. Barnstaples. Er zog einen Feldstecher hervor und beobachtete die sich nähernden Gestalten.

„Serpentin und Ceder,“ sagte er, den Feldstecher absehend, „und sie kommen allein, gut.“

Er drehte sich um und signalisierte mit den Händen nach Pent, der mit zwei kurzen Signalen seines Instrumentes antwortete. Dies war für alle das Zeichen zum Sammeln.

Tief unten im Hof erschien der Rest der alliierten Nacht mit Mr. Hunter und stellte sich in leiblicher Nachahmung von Disziplin in Reih und Glied auf.

Mr. Catskill ging an Barnstaple vorüber, ohne im geringsten Notiz von ihm zu nehmen, gesellte sich zu Mr. Dupont, Mr. Hunter und ihren Untergebenen und fuhr fort, sie über seine Pläne für die herankommende Krisis zu unterrichten. Mr. Barnstaple konnte nicht hören, was gesprochen wurde. Er bemerkte mit Hoheit und Mißbilligung, daß jeder Mann, sobald Mr. Catskill mit ihm fertig war, die Hacken zusammenschlug und salutierte. Dann zerstreuten sie sich auf ein Kommandowort auf ihre Posten.

Es gab eine teilweise ruinierte Treppe, die von der Höhe des Hofes durch das große Tor in der Mauer hinunterführte, das den Zugang zu und von den unteren Hängen ermöglichte. Ridley und Rush gingen auf der rechten Seite dieser Stufen hinunter und stellten sich hinter einen Mauerdorspruch, so daß sie vor jedem, der sich von unten her näherte, verborgen waren. Vater Amerton und Mr. Hunter versteckten sich auf gleiche Weise auf der linken Seite. Vater Amerton hatte

manuale mit 30 R., Handschuhe und eine Monatskarte der Eisenbahn. Trotz aller dieser Umstände liegt höchstwahrscheinlich kein beabsichtigter Raub, sondern ein Raucht vor. Die Untersuchung nach dieser Richtung ist im Gange.

Bergkatastrophe bei Salzburg.

17 Naturfreunde in einen Abgrund gestürzt.

Wien, 21. März. (Eigenbericht.)

Ein jährelliches Bergunglück wird aus Salzburg gemeldet. Eine Gruppe von 17 sozialistischen Naturfreunden, die eine Tour auf den Sonnenblick unternommen und dort übernachtet hatte, ist am Mittwoch früh auf dem Abstieg verunglückt. Bis früh herrschte eine Kälte von 25 Grad, dann schiel durch einen Föhn der Schnee erweicht worden zu sein. Als die 17 Naturfreunde später auf ein Schneebrett traten, rutschten sie ab. 13 wurden verschüttet, nur 4 konnten sich retten. Das Schicksal der 13 Naturfreunde scheint trotz der ausgesandten Rettungsexpedition besiegelt. Es besteht kaum noch Hoffnung, daß sie gerettet werden können.

Zu diesem Unglück, das in allen sozialistischen Touristen- und Sportkreisen tiefe Trauer hervorrufen wird, wird der III. aus Salzburg folgendes gemeldet: Eine Gesellschaft von 17 Wiener Bergwerkstollen in 2500 Meter Höhe von einer Lavine überrascht, die die Gruppe ins Tal mitriß. Vier Teilnehmer der Gesellschaft konnten sich retten und gelangten völlig erschöpft und nicht vernehmungsfähig bei dem Naturfreundehaus in Kolm-Salgurn an. Die anderen 13 Personen sind verschüttet. Es dürfte keine Möglichkeit mehr bestehen, sie zu retten. Eine Gendarmereifotografie ist nach dem Sonnenblick beordert worden, um die Bergunglückten auszugraben. Im ganzen Sonnenblickgebiet herrschte seit heute vormittag ein orkanartiger Föhnsturm, der die Rettungsarbeiten ausflugslos erscheinen läßt.

Das Einsturzungsunglück von Müdenberg.

Zehn Todesopfer. Die Warnung kam zu spät.

Zu dem furchtbaren Einsturzungsunglück auf der Grube Friedländer der „Bubing“, Braunkohlen- und Brikettindustrie A. G. in Müdenberg bei Liebenwerda, über das wir gestern bereits ausführlich berichteten, wird uns von der Unglücksstätte noch folgendes berichtet:

Die Aufräumungs- und Bergungsarbeiten wurden während der Nachmittagsstunden von einer großen Rettungstafelange fortgesetzt. Ingesamt wurden aus den Holz- und Eisenrännern zehn Tote geborgen. Bis auf einen aus Hamberg stammenden Arbeiter sind die tödlich Verunglückten in der Gegend von Liebenwerda beheimatet. Im Laufe des Nachmittags gelang es, sämtliche Toten zu identifizieren. Ihre Namen sind:

- Kurt Bönlig, 26 Jahre, Nauendorf.
- Kurt Grünwald, 19 Jahre, Grünwald.
- Otto Schwabe, 26 Jahre, Lauthammer.
- Heinrich Wink, 27 Jahre, Lauthammer.
- Emad Richter, 21 Jahre, Grünwald.
- Otto Jenschke, 22 Jahre, Bodwiz.
- Hermann Winkler, 23 Jahre, Rabla.
- Hans Müller, 22 Jahre, Hamburg.
- Willi Jentsch, 19 Jahre, Nauendorf.
- Willi Köfiker, 21 Jahre, Nauendorf.

Demnach tritt die von uns zuerst wiedergegebene Meldung, daß sogar 13 Todesopfer zu beklagen sind, nicht zu.

Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis scheint es ziemlich einwandfrei erwiesen, daß die Katastrophe durch den Orkan herbeigeführt worden ist. Bereits am Dienstag wurden von der Bau-

man ein ausgerolltes Seil gegeben, stellte Barnstaple fest, und sein umherschweifender Blick entdeckte, wie Mr. Rush schnell eine Pistole hervorzog, sie ansah und dann wieder in die Tasche steckte. Lord Barralunga postierte sich einige Stufen über Mr. Rushs Stellung und zog einen Revolver hervor, den er in der einen gesunden Hand hielt. Mr. Catskill blieb am Treppentopf stehen; auch er hielt einen Revolver. Er wandte sich der Festung zu, überlegte einen Augenblick die Aufgabe Pents und winkte ihm dann, den andern zu folgen. Mr. Dupont, bewaffnet mit einem derben Tischbein, stellte sich rechts von Mr. Catskill auf.

Eine Zeitlang beobachtete Mr. Barnstaple diese Anordnungen, ohne daß er sich ihrer Bedeutung bewußt wurde. Dann wandten sich seine Blicke von den zusammengelagerten Gestalten innerhalb der Burg den zwei ahnungslosen Utopen zu, die zu ihnen heraufkamen, und es wurde ihm klar, daß in wenigen Minuten Serpentin und Ceder sich unter den Griffen ihrer Häsher winden würden.

Er empfand, daß er handeln müsse, aber er hatte seit Leben lang kritisch überlegt und war nicht gewohnt, rasch zu entscheiden.

Er zitterte heftig.

Barnstaple wünschte noch immer, sogar in diesen letzten verhängnisvollen Minuten, irgendwie vermitteln zu können. Er erhob einen Arm und rief: „Hü!“ was sowohl den Erdlingen, als auch den Utopen draußen galt. Niemand bemerkte seine Gebärde oder seinen schwachen Schrei.

Dann brach sich sein Wille durch ein Dächel von Hemmungen den Weg zu einem einfachen Gedanken. Serpentin und Ceder dürfen nicht gefangen werden! Er war über seine Unentschlossenheit erstaunt und unwillig. Natürlich, sie dürfen nicht gefangen werden! Diese Berrücktheit mußte sofort verhindert werden. Mit vier Sprüngen war er auf der Mauer, und nun rief er laut und deutlich: „Gefahr! Gefahr!“ und noch einmal „Gefahr!“

Er hörte einen Ausruf des Erstaunens von Catskill und dann piff eine Pistolenkugel dicht an ihm vorbei durch die Luft.

Serpentin blieb stehen, blickte auf, berührte Ceders Arm und deutete hinauf.

„Diese Erdlinge wollen euch gefangen nehmen, kommt nicht her! Gefahr!“ gellte Barnstaples Stimme, indem er die Arme schwenkte. Und „pat-pat-pat“; Mr. Catskill erlebte die Enttäuschungen einer Revolververhöhnerei.

(Fortsetzung folgt.)

Leitung wegen des herrschenden Sturmes Sicherheitsmaß-
nahmen getroffen. Das hohe Holz bzw. Eihengerüst wurde neu
verstellt und verankert. Nach menschlichem Ermessen hätten die Vor-
kehrungen genügen müssen, um ein Unglück unmöglich zu
machen. Trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen trat die Katastrophe ein.
Der Richtmeister bemerkte, wie uns mitgeteilt wird, wie sich plötzlich
ein Teil des Gerüsts zu neigen begann. Seine Warnungsrufe
kamen jedoch bereits zu spät. Das Gerüst stürzte schon im nächsten
Augenblick zusammen und rief die Arbeiter mit in die Tiefe.
Obgleich der Rettungsdienst gut funktionierte, sind zehn
Tote zu beklagen. Die sieben Schwerverletzten, die Knochenbrüche,
innere Verletzungen und Schädelverletzungen erlitten haben, fanden
im Krankenhaus in Bauhaammer Aufnahme. Bei einigen gibt
das Befinden zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß.

Wie mir in späteren Abenden erfahren, beträgt die Zahl der
Verletzten, die im Krankenhaus in Bauhaammer liegen, acht.
Einer der Verletzten befindet sich in hoffnungslosem Zu-
stande, während man die andern am Leben zu erhalten
hofft.

Riesenbrand bei der AEG.

12 Löschzüge an der Brandstätte.

Ein Großfeuer kam gestern abend kurz vor 22 Uhr innerhalb
des umfangreichen Fabrikkomplexes der AEG in der
Wilsuhlfeldstraße 76/77 in Oberschöneweide
zum Ausbruch. Das Feuer war in einem etwa zwanzig Meter
langen Fabrikgebäude, in dem die Werkstofferei unter-
gebracht ist, entstanden. Von hier griffen die Flammen auf ein
Bachmaterialien- und Dampferüber, das gleichfalls in
wenigen Minuten lichterloh brannte. Als die ersten
Feuerwehren an der Brandstätte eintrafen, hatte das Feuer einen
riesigen Umfang angenommen. Schätzungsweise umfaßte
das Feuermeer 4000 Quadratmeter.

Fünfzehn Schlauchleitungen mußten in Tätigkeit gesetzt werden,
um eine Katastrophe zu verhindern. Denn in unmittelbarer Nähe
des umfangreichen Brandherdes lagerten mehrere hundert Fässer
mit Benzin, Ölen und Fetten.

Kurz vor 22 Uhr wurde von den Wächtern des Wertes in der
Nähe ein Feuerchein bemerkt. Unmittelbar darauf schlugen aus
den Fenstern auch schon mehrere Flammengarben hervor. Als auf
den Alarm die Oberschöneweider Feuerwehr und kurz darauf zwei
Züge der Berliner Berufswehr an der Brandstätte eintrafen, brannte
das Gebäude in seiner ganzen Ausdehnung bereits lichterloh. Der
organisierte Sturm trieb die Flammen auf einen angrenzenden,
etwa 120 Meter langen und 50 Meter breiten Schuppen, in
dem Bachmaterialienvorräte, Dampfer usw. lagerten. Das Feuer
sprang auf den Schuppen über und fraß sich mit rasender Schnellig-
keit weiter. In wenigen Minuten hatte der Brandherd eine so große
Ausdehnung gewonnen, daß die höchste Alarmstufe an die Haupt-
feuerwache in der Lindenstraße weitergegeben werden mußte.

Hierauf wurden weitere acht Löschzüge mobilisiert, die unter
Leitung des Oberbranddirektors Gempy anrückten. Gleichzeitig
wurde das Feuerlöschboot 3 zur Hilfeleistung herangezogen. Von
vier Seiten wurde das Feuer mit 15 Schlauchleitungen größten
Rasens angegriffen. Es ist als ein großer Glücksumstand anzu-
sehen, daß die riesigen Benzin- und Ölbehälter, die in unmittelbarer
Nähe des Brandherdes lagerten, vor der Wut des Feuers geschützt
werden konnten. Erst gegen 24 Uhr war das Feuer völlig in der
Gewalt der Wehr, und die Löscharbeiten und Aufräumarbeiten
konnten vorgenommen werden. Die Entstehungsurache ist noch un-
bekannt.

Die Familientragödie am Wedding.

Das Wohnungsamt Wedding hat keine Schuld.

Einige Berliner Mittagsblätter brachten gestern
die Nachricht, daß der Selbstmord der Ehefrau Riefke
und ihrer Tochter, den wir bereits in der Dienstag-Morgenausgabe
mitgeteilt hatten, darauf zurückzuführen sei, daß das Wohnungs-
amt Wedding die Familie schifaniert hätte. Nach ge-
nauen Erkundigungen kann einwandfrei festgestellt werden, daß das
Wohnungsamt keine Schuld an dieser bedauerlichen Tra-
gödie hat. Das Haus Prinz-Eugen-Straße 24 gehört einem Herrn
Bachau, der die Kochstube wibernethlich an das Ehe-
paar Riefke vermietet hat. Als das Wohnungsamt von
dieser Vermietung Kenntnis erhielt, mußte es selbstverständlich gegen
diesen Verstoß der Mieterschutzbestimmungen einschreiten und die
Familie auffordern, das Zimmer zu räumen. Herr Riefke, der
mehrere beim Wohnungsamt vorstellig wurde, trat dort sehr ruhig
und sachlich auf und konnte auch gegen die mit Recht ausgesprochene
Räumungsaufforderung nichts einwenden. Die Familie Riefke
ist aber erst seit Ende 1927 eingetragene. Das Wohnungsamt
hat, wie uns mitgeteilt wird, mit voller Absicht vermieden,
scharf durchzugreifen und der Familie genügend Zeit gelassen,
die Wohnung zu räumen. Es scheint, daß andere Ursachen als die
Wohnungsordnung Anlaß zum Selbstmord der Frau Riefke ge-
geben haben.

Ist Erna Anthony geisteskrank?

In der Mordjache gegen Erna Anthony hat sich eine
Zeugin gemeldet, die behauptet, ein junges Mädchen hätte sich
von ihr am Sonntag vor der Tat ein Schlächtermesser
geliehen und 50 Pf. Pfand dafür gelassen. Da die Zeugin
glaubt, in der Anthony jenes Mädchen wiederzuerkennen, die Be-
schuldigte das aber leugnete und behauptete, um jene Zeit mit ihrem
Bräutigam in Neutölln gewesen zu sein, wurde sie am Dienstag
in einem Polizeilaut nach dem Totat in Neutölln, in dem sie auf
ihren Bräutigam gewartet haben will, zum Zwecke der Gegen-
überstellung hingeführt. Ueber das Ergebnis dieser Gegenüber-
stellung ist amtlich noch nichts bekanntgegeben worden.

Wie bei allen rätselhaften Blutdramen wird auch hier
der Geisteszustand der Täterin eine wesentliche
Rolle spielen. Rechtsanwalt Walter Bohn hat beim Amtsgericht
Berlin-Mitte den Antrag gestellt, Erna Anthony gerichtsärztlich
untersuchen zu lassen. Sie soll außerordentlich jähzornig
sein, so daß in der Familie öfter heftige Szenen vorgekommen sind.
So soll sie einmal auf ihre Schwester losgegangen sein und sie mit
dem Tode bedroht haben. Andererseits soll Erna Anthony sich
oft ohne Grund unglücklich gefühlt und ein merk-
würdiges Benehmen gezeigt haben. Ziellos soll sie mit
der Untergrundbahn durch ganz Berlin hin- und her-
gefahren sein. Die Voruntersuchung wird erst in den nächsten
Tagen eröffnet werden, so daß jetzt noch nicht feststeht, ob Erna
Anthony wegen Mordes oder wegen Totschlags zur Verantwortung
gezogen werden wird.

Die Mitglieder des Verbandes für Freidenkertum und Feuer-
behaftung E. B. wählen die Liste „Verbandsaufbau“ bei der Urwahl
am Sonntag, dem 26. März.

Adolph Hoffmann siebzigjährig!

Unser Genosse Adolph Hoffmann, Stadtverordneter von
Berlin, vollendet heute, am 22. März, sein siebzigstes Lebens-
jahr. Längst ist dem alten Kämpfer das Haar gebleicht, aber das
leuchtende Weiß dieses Kopfes poht nicht recht zu dem Feuer, das
immer noch in dem unermüdeten Lächeln glüht.

Adolph Hoffmann ist ein echtes Berliner Kind. Als
solches kennzeichnen ihn Berliner Sprache und Berliner Witz, denen
er zum Teil seine Volksnähe verdankt. Geboren wurde er, wie
er selber scherzend zu sagen pflegt, auf einem Kirchhof, nämlich im
Hause Marienkirchhof 11. Seine Mutter stammte aus einer alt-
eingesessenen und streng katholischen Berliner Fischerfamilie. Sie ließ
ihn aber evangelisch laufen. „Am Schatten der Kirche“ hatte er
„das Licht der Welt erblickt“, er, den später die Kirche zu ihren
gehobtesten Feinden zählte, weil er in ihren Schatten hinstreute.
Schon in seinem vierten Lebensmonat verlor Adolph Hoffmann die
Mutter, und er mußte von da ab das Los eines Waise-
kinds tragen. Die ersten neun Jahre, die er bei einem recht-
schaffenen Tuchmacher-Ehepaar in der Siebergasse verlebte, waren
die glücklichsten seiner Kindheit. Man gab ihm dann nach Köpenick
zu einem Kahnknecht und später nach Angermünde zu einem Korb-
macher. Obwohl ihm in diesen Pflanzstätten wenig Zeit zum Schul-
besuch gelassen wurde, brachte der aufgeweckte Junge, nach Berlin
zurückgenommen, es doch noch fertig, aus der ersten Klasse einer
Berliner Gemeindeschule abzugehen.

In der Lehre bei einem Graveur wollte man ihn zu fleißigem
Kirchenbesuch anhalten, doch Adolph war schon damals kein
Freund des Gottesdienstes und schwänzte ihn. Nachdem der noch
nicht fünfzehnjährige an einem schönen Pfingsttag in der Rosen-
thaler Straße zufällig in die Freireligiöse Gemeinde
hineingeraten war, wurde er ihr regelmäßiger Gast und treuer
Anhänger. Und dann dauerte es auch nicht lange, bis er durch einen
Älteren aus der Gemeinde zum Führer der Sozialdemokratie, auf
Friedrich Haffemann usw., aufmerksam gemacht wurde. In Hans
Raths Jugendgarde empfing Adolph Hoffmann die ersten An-
regungen zu seiner Arbeit für die Sozialdemokratie, und auch sein
stets bewährtes Verständnis für die Jugendbewegung gründet sich
auf die Erlebnisse jener Zeit. Die Graveurlehre mußte er nach noch
nicht einem Jahr wegen Schwäche der Augen verlassen. Er arbeitete
dann als Buchhändler in der Textil- und Metallbranche,
auch als Maler, und noch als verheirateter Mann erlernte er das
Vergolderhandwerk.

Nach einem Hochverratsprozeß im Jahre 1884 siedelte Genosse
Hoffmann von Berlin nach Halle über. Dort gründete er noch vor

dem Fall des Sozialistengesetzes den „Zeiter Volksboten“,
der 1890 nach Zeitz verlegt wurde. Er leitete dann in Zeitz das
Blatt bis 1893, wobei er sich verschiedene Gefängnisstrafen holte.
In der Gefängniszelle fand Adolph Hoffmann als einziges Buch —
die Bibel. Aus der Bibellektüre entstand ihm der Vortrag
„Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“, den er
später in zahlreichen Orten des Deutschen Reiches halten mußte.
Er gab ihn schließlich als Broschüre heraus, die in etwa 200 000
Exemplaren verbreitet worden ist. 1893 kehrte Genosse Hoffmann
nach Berlin zurück. Er betrieb hier Buchhandel, im übrigen aber
gehörte er zu den tüchtigsten Kämpfern für die von den Feinden des
Sozialistengesetzes befreite Partei. Als Delegierter nahm er an
vielen Parteitagungen und zwei internationalen Kon-
gressen (Paris 1889, Kopenhagen 1910) teil. 1900 wurde er
Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, in der
er um Reformen des Obdachs, des Arbeitshauses und der Armen-
pflege sich bemühte. Zum Reichstag kandidierte er 1887 in Halle-
Merseburg, 1890 in Zeitz. Gewählt wurde er 1904 in Reichsbach-
Kuerbach. Unter den sieben Vertretern der Sozialdemokratie
im preußischen Dreiklassenparlament war Adolph Hoff-
mann, 1908 gewählt in Berlin XII (Moabit-Wedding). Die Junker,
wie Kröcher, von Erffa und andere, fanden in ihm einen schlag-
fertigen Gegner, dessen vernichtenden Witz sie fürchteten.

Am 9. November 1918, dem Tage der Revolution, rief
Genosse Hoffmann sich vom Krankenbett los und sprach an neun
Stellen Berlins zu der Volksmenge. Später erlitt er einen schweren
Krankheitsrückfall. Die Wellen der Revolution hatten ihn zusehender
mit Konrad Haenisch in das preußische Kultusministerium
gezogen. Er benutzte die kurze Zeit seiner Amstätigkeit die
Schulen von geistlicher Aufsicht zu befreien. Das
dankt ihm noch heute die Mehrheit der Lehrerschaft. Er war auch
Mitglied der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Adolph Hoffmann hat auch eine sehr fruchtbare schrift-
stellerische Arbeit geleistet. Eine stattliche Reihe von
Broschüren und Theaterstücken ist aus seiner Feder hervorgegangen.
Nach in jüngster Zeit hat sein Buchlein „Amoretten“, das ein
Beitrag zur Beleuchtung der Sexualnot und zum Kampf gegen
Geschlechtskrankheiten ist, Beachtung in weitesten Kreisen gefunden.

Des alten Kämpfers der Partei, der im vorigen Jahr bereits
ein halbjährhundert seiner Parteizugehörigkeit vollendete, werden
weit über Berlin hinaus die Genossen heute an seinem 70. Geburts-
tag in treuer Kameradschaft gedenken.

Schweres Brandunglück in Malmö.

Zahlreiche Arbeiterfamilien obdachlos.

Wie aus Kopenhagen berichtet wird, hat eine schrei-
bare Brandkatastrophe in der letzten Nacht das Arbeiter-
viertel von Malmö heimgesucht.

Gegen 3 Uhr morgens brach in einem von etwa 100 Per-
sonen bewohnten dreistöckigen Wohnhause der Holzfabrik Dun-
nesberg ein Feuer aus, das sich unbemerkt über das ganze
Gebäude verbreiten konnte. Erst als das Haus volltöner
in Flammen stand, wurden die schlafenden Bewohner alarmiert.
Es gelang den meisten, unter größter Gefahr das nackte Leben
zu retten. Ein älteres Ehepaar, das im zweiten Stock wohnte,
ist in den Flammen umgekommen.

Die vielen Arbeiterfamilien, die nunmehr obdach-
los gemordet sind, haben nicht das geringste ihrer Habe
gerettet. Das Haus war aus Holz gebaut.

Zwei Kinder unter Steinen verschüttet.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich gestern nachmittags an der
Ecke Grolmanstraße und Savigniplatz in Charlotten-
burg. Beim Umbiegen fuhr ein Lastkraftwagen an der
dortigen Baustelle gegen einen Zaun und brachte einen großen
Stapel Mauersteine zum Einsturz. Zwei an der Un-
fallstelle spielende Kinder, der dreijährige Herbert Ripenki aus
der Grolmanstraße 28 und dessen neunjähriger Bruder Gerhard,
wurden unter dem Steinhaufen begraben. Schwerverletzt
wurden die Kinder geborgen und in das Westender Krankenhaus
gebracht.

Arbeiter's Tod.

Die Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Gestern wurden
kurz vor Märzdorf (Kreis Volkshain) durch den Güterzug 9400
zwei Hottenarbeiter überfahren und getötet. Es
wird vermutet, daß sie das Warnungssignal des Weichenführers über-
hört haben. — Eine kurze, aber erschütternde Meldung!

Reichsbannerwahl und Reichsbannerregierung. Die Kameradschaft
Familie des Ostsee sind Berlin-Ziergarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
hält am Donnerstag, dem 22. März, 20 Uhr, in der Aula der Wenzel-
Realschule Schleswiger Ufer 13, eine öffentliche Versammlung ab. Thema:
„Reichsbannerwahl und Reichsbannerregierung.“ Es sprechen Reichsbanner-
führer A. D. Sollmann, R. D. H. über: „Vorbereitung und Demokratisierung
der Reichsbanner.“ Abgeordneter Hermann-Breslau „Republikaner in Ver-
waltung und Politik“, Generalsekretär Krone über: „Bauernrevolte und Not
der Landwirtschaft.“

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, dem 21. März.

1. Rennen. 1. Sir Galb (Rauh jun.), 2. Galanosa (B. Riff),
3. Flaggensied (Kautenberger). Toto: 11:10. Platz: 18, 46:10. Ferner
Helen: Turbidu, Kouifana, Nda Palok.
2. Rennen. 1. Ed (Ch. Riff), 2. Kelly Arnold (Schäfer),
3. Kator (Wahr). Toto: 11:10. Platz: 13, 13, 17:10. Ferner Helen:
Theatrat, Satan, Galeere, Dampfknurr.
3. Rennen. 1. König Robert (Rauh jun.), 2. Hippologe (Kauten-
berger), 3. Harfenmädchen (Stinowitz). Toto: 22:10. Platz: 17, 41,
40:10. Ferner Helen: Kollifran, Kollifette, Korymbos, Turandot, Rorigen-
sonne, O'Kantän Kerschberg, Ward Sun, Cicano.
4. Rennen. 1. Baron Alantoad (B. Riff), 2. Frankenstein (Schulz),
3. Gotta (Schulzener). Toto: 58:10. Platz: 16, 15, 24:10. Ferner
Helen: Antipressant, Hebrering I, Terraria, Corona Mc. Kinner, Lam-
plaff I, Dulle S. Puffschien.
5. Rennen. 1. Nilon Singen (Ch. Riff), 2. Brimel (B. Riff),
3. Gullore (Gedert). Toto: 12:10. Platz: 10, 18:10. Ferner Helen:
Kreitprediger, Lindbomgoh.
6. Rennen. 1. Carl Heinz (Ch. Riff), 2. Cuffi quoll (Demmer),
3. Delbit (Rauh jun.). Toto: 19:10. Platz: 11, 12, 11:10. Ferner
Helen: Königsdler, Bilda H. Johannesbäcker, Blätterrolle.
7. Rennen. 1. Götter (Weiber), 2. Winal Hasse (Baumgart),
3. Dornwald (Höhne). Toto: 22:10. Platz: 13, 34, 18:10. Ferner Helen:
Gopoi, Angost, Friedrich Reg, Del Wats, Veironella H. Gaudiers Gloria,
Deutlmünze.
8. Rennen. 1. Galbrudal (Ch. Riff), 2. Peking (Gedert), 3. Oer-
mentine (Wahr). Toto: 15:10. Platz: 12, 13, 15:10. Ferner Helen:
Antimon, Krotzel, Long Albert, Della Limolo, Anfer I, Campanula,
Daga Surion.
9. Rennen. 1. Obrenberg (B. Riff), 2. Weitzhafa (Ch. Riff),
3. Blamingo (Rauh jun.). Toto: 26:10. Platz: 10, 10:10. Ferner
Helen: Blamingo, Zuvastion, Dilly S.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend
(Nachb. verb.). Weiter bis wolkig, Abkühlung der Nachtritte, Tages-
temperaturen etwas niedriger als bisher. Lebhaftes Schauern. — Für
Deutschland: Im Westen bewölkt mit Regenschauern, sonst wolkig bis heiter,
nur in Mittel- und Ostdeutschland noch Nachtritte.

Osterausstellung bei Wertheim. Ostern, das Fest der kleinen
Menschen! Aus allen Schaufenstern gucken pudrige Osterhasen,
Hühnchen und andere fröhliche Tiere; zwischen Blütenzweigen und
Osterglocken lacht uns die fröhliche Kinderwelt entgegen. Die Firma
Wertheim hat in ihren sämtlichen Kaufhäusern hübsche Oster-
dekorationen für die kleinen geschaffen. Da gibt es ganze Oster-
wiesen mit einer Umzäunung, die allesamt eifrig ihrer Be-
schäftigung nachgeben. Der eine rückt, mit der Botanistertrommel
bewaffnet, auf Schmetterlingsfang aus, der andere legt die schuh-
fertige Filze auf ein leibiger Maletemann Osterhase pinkelt
die Weidenwoll, die Hasenmama schaukelt ihre Künglein, da-
zwischen springen lustige Fegendäulein, der Bauhrosch lang auf
einem großen Ei, und über dem Ganzen liegt in riesenhafter Größe,
seiner symbolischen Beschäftigung mit Feuerreifer obliegend, ein
übermenschlich großer Osterhase, und die Eier, die er in knappen
Sekundenintervallen fabriziert, flugeln unentwegt in bereitgestellte
Körbchen. Er scheint in seinem produktiven Innern eine Art
Treibhause zu besitzen, sonst müßten die Produkte seines unermüd-
lichen Schaffens längst die Straße überfluten. Da stehen sie nun
ringum mit leuchtenden Augen all die, für die diese fröhliche
Szenerie geschaffen ward. Vom Bewundern zum Wünscheln ist nur
ein ganz kleiner Schritt. Aber da hat ja gottlos ein weißes Geißel
Osterhasen, Hühnchen und Eier in den verschiedensten Größen
und Preisen wachsen lassen, und ein kleiner gelbblauer Piep-
moh erfüllt schließlich, wenn's nicht anders sein kann, auch
seinen Zweck.

Wer zum Frühlings einen neuen Mantel braucht, muß die heutige Ausgabe
von Rohren u. Jöring, Wilmbergstr. 13, lesen. Sie beweis, daß gute Kleidung
nicht teuer zu sein braucht. Jeder, der Bedarf hat, lasse sich die schönen Muster
und Formen der Herren- und Damen-Kleidung ohne Kaufzwang vorlegen lassen.
Er handelt dann King und — wird kaufen.

Forman gegen Schnupfen
Wirkung Ofterpart!

Funkwinkel.

Das kurze Abendkonzert bringt unter Solider-Winklers Leitung
Russische Tänze. Keine Volkstänze mit Balalaika, sondern
Balletts aus russischen Opern, als Kunsttänze für großes Orchester.
Hin und wieder Anklänge an die russische Volksmusik, im großen
und ganzen aber freie Erfindung, manchmal mit orientalischem
Einflus, wie in Milford's persischem Tanz, der sich aus schwer-
mühter Betrümmtheit zu wildem Tummel steigert. Manches gibt
sich sehr temperamentvoll, aber im Grunde bewahren alle diese
Kompositionen einen eleganten Unterton. Einwandfrei sind Klang,
Rhythmus und Tempo des Orchesters. Zu erwähnen bleibt die
Uebertragung der Leemusik aus dem Kaiserhof am Nachmittag.
Programm und Orchester halten gutes Niveau. Sehr schön klang
die Phantasie aus Verdis „Mastenkall“, und virtuos ist der erste
Geiger. — Dr. Karl Würzburger unterhält sich mit seinen Hörern
über den modernen Mann und über die moderne
Frau. Würzburger spricht hübsche Feuilletons, beispielsweise
über das Schminken der Frau, und er als Witz zur Annoncierung
auslegt, und er plaudert über den Mann der sich noch immer nicht
auf der Höhe der Situation befindet. Vieles bleibt bloße Rederei,
auf geschliffenes Bonmot, aber diese Form des Vortrages ist fessel-
nder, lebenswürdiger, sprüherer, als eine tiefe, wissenschaftlich fun-
dierte Abhandlung, und vielleicht vermittelte sie ohne großen Auf-
wand an technischen und wissenschaftlichen Ausdrücken dem Hörer
dieselbe Wissensmenge. — Ueber das „Medizinische Welt-
bild“ spricht Prof. Dr. Kraus. Hierzu eine grammatikalische Be-
merkung. Der Rundfunk, der sich an alle wendet, ist kein Univer-
sitätslehrer. Siderlich fällt es einem Wissenschaftler schwer, über
ein Thema, das ihm selbstverständlich, das aber dem Laien schon
der technischen Ausdrucke wegen ein Buch mit sieben Siegeln ist,
populär zu sprechen. Es ist kaum anzunehmen, daß ein bedeutender
Proseurlog der Hörer den Ausführungen folgen kann. F. S.

Die grüne Fahne des Propheten

Von Jakob Altmaler.

Es liegt mir fern, den alten guten Baron tranken zu wollen, unseren damaligen Hauptmann und Kompagnieführer. Rang und Alter hätten ihm ohnehin einen besseren Posten sichern müssen. Seine beiden Söhne dienten im Regiment, und als der Krieg ausbrach, meldete auch er sich wieder zur Stelle. Später, im gut gefestigten Stellungskrieg, kam er zur Front.

Niemand dankte es ihm. Höherenorts wurde er belächelt. Die jungen Leutnants und Oberleutnants hielten ihn, weil er ihnen eine gute Stelle wegnahm. Die Unteroffiziere, Feldwebel und Offiziershilfsbedienten hatten das bald heraus, wollten sich nach oben beiseite machen und hörten es gerne, wenn die Mannschaften ihre Marschlieder mit Spottversen gegen den alten Hauptmann trankten. Aus denen ward es kund, daß er sich etwas allzu ängstlich und allzu ehrlich an den Unterstand klammerte. Das war die Sache der Gemeinen, weil es der alte Baron auch mit den Dienstvorschriften zu genau nahm.

Seine Schuld war es gewiß nicht. Er war einer von der alten Schule, der das neue Egerzierreglement nicht gelernt hatte und nicht mehr nachholen konnte. Die Oberen wüchsen dies und stehen es ihm bei jeder Gelegenheit spüren. Hintennach mußten es die Soldaten büßen. Und immer war es in der Ruhstellung. Da ließ zum Beispiel der Bataillonskommandeur auf dem Egerzierplatz durch seinen Hornisten ein Kommando blasen. Die fünfte, sechste und siebente Kompagnie verstanden es. Bei uns gab es stets ein heilloses Durcheinander. Unsere aktiven Unteroffiziere und Musketiere schwenkten auf das Signal in Gruppenkolonne rechts. Der Hauptmann gab aber den falschen Befehl nach links. Unten schrien Leutnants und Zugführer mit gezückten Degen; oben, auf seinem Gaul, forzte der Kompagnieführer und schrie wiederum: die Soldaten schimpfen und fleischen die Zähne vor Jörn und Schweiß, rammten gegeneinander und durcheinander wie eine Herde junger Hammel, beschimpften sich gegenseitig, wie es in Wahrheit den Offizieren im Sinn lag und wie es zu tun sie aus Anstand und Gehorsam nicht wagten. Im Hintergrund lachte das ganze Bataillon, bis sein Adjutant herbeigaloppierte und die Sache eintrufte, worauf das Spiel erneut wurde. Frage niemand nach der Mandoverkrill und der Frotzerei auf dem Heleinweg. Mittags folgten dann die verschiedenen Appells. Abends ging es zum Schanz. Dazu kamen die Wäse in den Quartieren und der Kohldampf und tausend andere Dinge. Da hätte man lebensüberdrüssig werden können. Wir waren glücklich, wenn's wieder nach vorn in Stellung ging. Die gegenüberliegenden bewohnten feindlichen Stellungen hatten doch etwas Verführerisches, und die Berghäupter konnten wieder täglich an Weib und Kind schreiben.

Nachts hatten wir abgeblüht, und wenn es Tag wurde, riefen wir unser „Kittik!“ hinüber, bis uns von drüben die gewohnte Antwort kam: „Bon jour camarade!“ Manchmal gab es auch gegenseitigen Kerger. Einer von uns schrie: „Camarade allemand toujours promenade mademoiselle française!“ Als Antwort lautete es: „Sal prussien!“ Bis dann der gewohnte englische Flieger seinen Morgenspaziergang über unsere Linien und dem Zwiegespräch ein Ende machte. Dedung!

So lebte man haben und drüben ganz friedlich. Man konnte die gegenseitigen Gemohnheiten und mußte genau, wann diesseits und jenseits abgeblüht wurde. Reugierig waren wir nur, ob's den Franzosen in Ruhe genau so schlecht ging wie uns? Wir hofften es, und hätte uns jemand gefragt, der Franzmann wäre besser dran, wir hätten eine richtige Wut auf ihn gehabt. So aber ersahen er uns ein Lebensgefährte, der einzige, der uns richtig verstand. Wenn er uns nicht reizte und keine Dummeheiten machte, taten wir ihm auch nichts. Also war zwischen uns und ihnen eine Art Waffenstillstand. Die Hauptsache, wenn die Eisenhose in Ruhe gelassen wurden. Wenn sie von drüben um diese Zeit Brocken in unsere Linien warfen, war's für einige Tage aus. Dann wurde es an der Front ungemütlich. Das gab's aber nur selten. Auf beiden Seiten mußte man genau, zu welchen Tages- oder Nachtzeiten die Artillerie schoss. Danach konnte man sich einrichten. Das dauerte so den ganzen Sommer, und es gab wenig Verluste. Nachts belustigte man sich gegenseitig mit Weichtrafeten. Die gingen drüben mit seltenen Fallschirmen nieder. Meist tat uns noch der „Anton“ den Gefallen und schoss sie weit herüber, daß sie zu holen und nach Hause zu schicken waren. Sie und da probierte jede Seite pflichtgemäß ein Maschinengewehr und feuerte einmal ein Weimülliger einen Schuß hinüber, sofort wurde er von uns ausgeschimpft. Wozu die Leute drüben umhül zeigen und topfscheu machen? Der „Anton“ meldete es ja doch nur seiner Artillerie und belästigte sich bei ihr und dann kam Lob auf unsere Gräben und Unterstände und kostete unnützes Blut. Das waren zwei — drei schöne Sommermonate. Man konnte ungefähr schätzen, den Offizieren hausweise Unterstände ausbauen und Verbindungsgänge anlegen. Drüben aber feierten sie ihren 14. Juli als wäre Kirchweih in der Nachbarschaft. Unsere Leute spielten dazu Ziehharmonika.

So schien aber der Heeresleitung, als hätte darunter der Offiziersgeist der Truppe. Angreifen wollte man nicht, die Artillerie sollte auch ihre Funktion sparen, weil sie nicht viel hatte. Jeder Schuß mußte von der Divisionsleitung vorher genehmigt werden, denn oben in Plandern kostete es zuviel und Tag und Nacht hörten wir von dort den Donner rollen und großen, daß es uns oft angst und bange wurde.

Woher aber den Offiziersgeist holen? Das sollte nachts geschehen durch Patrouillengänge. Zum Ueberflus hatte Italien den Krieg erklärt, und um die Stimmung zu verbessern, gab es eiserne Kreuze in Menge. Die Heeresleitung wollte wissen, welches Regiment drüben läge, als ob das nicht längst bekannt gewesen wäre. Man tat aber anders und verließ für jede gute Meldung eine Auszeichnung. Eine Patrouillenkompanie wurde gebildet. Wer ihr angehörte, konnte am Tage ruhen und brauchte nicht zu schamzen. Also meldeten sich viele Freiwillige. Meist Studenten und junge Leute. Was wurde da für ein Schwundel getrieben! Bis hinter die französischen Gräben wollten einige Beförderungshungrige gekommen sein. Durchgruppen mit deutschen Uniformen wurden angefertigt. Die schob man nachts im Zwischenfeld vor sich her, ließ französische Kundschafter drauflos schießen und anrennen, um dann aus dem Hinterhalt die Gefährten zu fangen oder zu töten. Täglich liefen neue Räubergeschichten die Gräben und Unterstände entlang. Es gab Beförderungen und Auszeichnungen und die in Dedung geduldeten Offiziere wurden ebenfalls ausgezeichnet. Die bekamen die eisernen Kreuze erster Klasse.

Mörderische Filmschönheit.

Der „elektrische Stuhl“ des Filmstars.

Die amerikanischen Filmschönheiten haben den Siegeszug durch die ganze Welt angetreten, aber kein Mensch ahnt, welches Martyrium diese zart und heiter lächelnden Filmstars zu erleiden haben, um die Schönheit zu erhalten, mit der sie die Menschen erobern. Je größer der Ruhm der Filmschauspielerinnen ist, desto mehr müssen sie darauf bedacht sein, Gestalt und Aussehen zu bewahren, um nicht zum alten Eisen gemorjen zu werden, denn das Gedächtnis der Menschen ist sehr schwach. Das Beispiel berühmter schöner Theaterfrauen, wie zum Beispiel der Helene Odion, der die ganze Welt zu Füßen lag, und die trotzdem in schwere Armut geriet, als sie alt wurde, ist ein mahnendes Beispiel. Die Filmschönheiten tun darum alles, um den körperlichen Verfall oder die Veränderung ihrer lieblichen Erscheinung zu vermeiden.

Eine der furchtbaren Qualen, die die Schönheitspflege erfordern hat, ist ein Apparat, der den bezeichnenden Namen „der elektrische Stuhl“ führt. Er bringt zwar seinen Opfern nicht sofort den Tod, wie sein berühmter Namensvetter in dem Zuchthaus von Sing Sing, aber er ist auch eine mörderische Maschine, die ihren Namen mit Recht trägt. Eines ihrer reizvollsten Opfer ist der amerikanische Filmstar Peache Brownrigg, der auch in Deutschland bekannt geworden ist. Dieser elektrische Stuhl hat nämlich angeblich die Fähigkeit, überflüssiges Fett zu beseitigen, indem er ungeheure Hitze im Körper erzeugt. Die schöne Peache glaubte daran und ließ sich die elektrischen Pole des Schlantheitsapparates an ihren Körper legen und so lange durchschließen, bis sie schwer erkrankte, und nur noch ein Schatten ihrer früheren Schönheit ist. Ähnliches erlebte die bekannte Filmschauspielerin Estelle Taylor, die als Gattin des gemessenen Vorkönigs Dempsey eine große Rolle spielt. Auch sie fürchtete die allzu große Leppigkeit und legte sich derartige Qualen auf, daß sie einen schweren Zusammenbruch ihrer Nerven erlitt. Besonders gefährlich sind aber die geheimnisvollen Schlantheitspflühen, die eine schlechende Wirkung im Körper ausüben und Verheerungen anrichten, die nicht wieder gutzumachen sind. Uns ist eine hervorragende deutsche Filmdiva bekannt, die eine derartige Kur machte und deren fast gestorben wäre. Sie wachte nämlich nicht, daß die Schlantheitswirkung der Pflühen nicht gehemmt werden

kann, sondern auch dann noch weiterbesteht, wenn die ähnden Säfte auch bereits lebensnotwendige Stoffe innerhalb des Körpers angreifen. Man kann diesen Pflühen nämlich nicht befehlen, an einer bestimmten Stelle Halt zu machen, sondern sie wirken zum Schrecken der Patientinnen auch dann noch, wenn die Schlantheit bereits in Krankheit übergeht. Die Geister, die sie riesen, werden die Filmstars dann nicht los.

In Hollywood hat sich der großen Diven geradezu ein nervöser Zustand bemächtigt, der in der Furcht vor dem Dickwerden besteht. Alle hungern sie und unterziehen sich den größten Entbehrungen, denn sie sind alle von dem gleichen panischen Schrecken ergriffen, ihre Schönheit zu verlieren. Bei manchen Filmgesellschaften hat sich der kategorische Imperativ der Schlantheit sogar bereits zu Paragrafen verdichtet. Verträge werden nicht mehr auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen, sondern auf ein bestimmtes Gewicht. Wenn eine Filmschauspielerin die Höchstgrenze überschreitet, ist der Vertrag erloschen. Es befindet sich zu diesen Zwecken in den Räumen der Gesellschaft die „Waage der Gerechtigkeit“, durch die die wachsenden Kilos der Stars festgestellt werden.

Von dieser Schönheitsraerei sind nicht nur die Frauen betroffen, sondern auch die männlichen Filmstars, denn auch sie müssen dafür sorgen, daß sie nicht zu alt und zu dick werden. Douglas Fairbanks hat seinen eigenen Arzt, der dafür sorgt, daß er seine, die Frauenherzen erwerbende Gewandtheit des Körpers nicht verliert, da er dann nur noch einen Bruchteil des Wertes beizuge, der ihm heute gemessen wird. Auch ein bisföudiger Tom Mix ist undenkbar, zumal alle diese männlichen Filmhelden von der Gunst der Frauen leben, die in ihnen ihre Lieblinge sehen. Tom Mix hat sich ein ganzes Sportstadion erbauen lassen, um in täglichen Übungen sein Gesicht und seine Figur zu bewahren. Auch unsere deutschen Filmhelden, die die jugendlichen Liebhaber spielen, dürfen nicht altern, denn alle sind sie zu eitel, um in das Fach der Wäter abzuwandern. Eitelkeit aber kostet Geld und Entbehrungen. Dies ist die Rehrseite des glänzenden Lebens, das die reichbezahlten Filmschauspieler und Filmschauspielerinnen, von der Welt viel beneidet, führen.

Das ließ unseren alten Baron nicht schlafen. Gar zu gern hätte auch er das Eisenerne an die Brust geheselt. Zwar spielte er täglich seine Schachpartie und war guter Saune und menschenfreundlich; wie immer, wenn ihn nicht ein Vorgefehter aus der Ruhe gebracht hatte. Nachts aber grübelte er, sann und spinn, und eines Morgens hatte er es.

Eine Patrouille wollte drüben Schwarze gesehen haben. Sie sollten sogar vom ungewohnten Klima stark erkältet sein und ständig husten. „Nordige Franzosen“, dachte unser Hauptmann, „Araber, Mohammedaner, Anhänger des Propheten.“ Demals meldeten ja auch die deutschen Zeitungen tröstlich: unser Bundesgenosse, der Sultan, habe den heiligen Krieg erklärt. „Wozu also diese nächstlichen Anstrengungen und verlustreichen Schieberellen, um einen einzigen Gefangenen zu machen oder gar nur ein mit der Regimentsnummer versehenes Krugengstück nach Hause zu bringen. Holen wir sie doch in Waffen und lassen wir sie freiwillig kommen.“

Nach am selbigen Tag gingen ein Unteroffizier und zwei Mann in Ruhstellung. Sie hatten den Kastrag, grünes Tuch und eine Stange zu holen. Aus diesem Tuch ließ der Hauptmann eine Fahne schneiden. Halbmond und Stern wurden angeheft, und als die Nacht niederlief, flatterte die grüne Fahne des Propheten über unserer Stellung.

Die Kompagnie wurde in Worm gesetzt und fiebernd erwartete unser Baron das Ueberlaufen und den Einzug aller farbigen Franzosen. Nach seiner Ansicht konnte das erst bei Morgengrauen geschehen, wenn drüben die Anhänger Mohammeds beim ersten Hahnenschrei, gen Osten gewendet und zum Gebet erhoben, das Zeichen Allahs erkünden würden. Wenn dann nicht sofort, mußten sie bestimmt in einer der nächsten Nächten herüberkommen.

Der Tag brach an. Es geschah nichts. Gegen acht Uhr heufte der erste Gruß herüber. Dann ging es Schlag auf Schlag, Krach auf Krach, Ratsch-bum, ratsch-bum, ratsch-bum! Aufschlagsüber, Zeitzänder, Minen. Die Balken unserer Unterstände knickten wie Streichhölzer zusammen. Verwundete schrien, die Hölle war los. Von der grünen Fahne des Propheten war kein Faden übriggeblieben. Der Waffenstillstand an unserem Frontteil war zu Ende. Aus mit der Kuhel! Einen farbigen Franzosen haben wir in jenem Zustode freiwillig noch unfreiwillig zu Gefalt bekommen. Mit Ställen hatte uns auch Allah verlassen und alle guten Geister. Das Eisenerne bekam unser Hauptmann erst viel später.

Die moderne Augenheilkunde.

Zum 100. Geburtstag Albrecht von Gräfes.

Albrecht v. Gräfe, der am 22. März 1828 in Berlin geboren ist, ist einer der großen Pflünder auf dem Gebiete der Medizin, denn er hat die moderne Augenheilkunde begründet und zu einem der vollendetsten Gebiete der gesamten ärztlichen Kunst gestaltet. Schon im jugendlichen Alter von 22 Jahren begründete er in Berlin eine Privat-Augenheilkunst, die bald vorbildlich für alle anderen ähnlichen Institute in ganz Europa wurde. Nachdem Helmholtz im Jahre 1850 den Augenspiegel erfunden hatte, mit dessen Hilfe es dem Arzt möglich wurde, die inneren Teile des Auges, insbesondere die Netzhaut zu untersuchen und ein klares Bild von ihr zu erhalten, begann die bedeutende wissenschaftliche Forschungsarbeit Gräfes, der den unermesslichen Wert des Augenspiegels für die Diagnose erkannte und mit seiner Hilfe die Behandlung der Krankheiten des Auges auf völlig neue Grundlagen stellte. Bahnbrechend wurde er in der Behandlung des sogenannten „grünen Stars“, für den er eine neue Operationsmethode erfand. Sie hatte einen derartigen Erfolg, daß 98 Prozent aller Kranken auf diese Weise geheilt werden konnten. Noch segensreicher war aber seine Einführung der Operation des „grünen Stars“, einer der gefährlichsten Erkrankungen des Auges, die bis dahin für völlig unheilbar gegolten hatte und eine der größten Plagen der Menschheit war. Das Wesen dieser Krankheit besteht darin, daß der Augenbrud stark erhöht wird.

Dadurch erfolgt ein Schwund des Sehneros und der lichtempfindlichen Netzhaut. Albrecht v. Gräfe brachte zum erstenmal eine Operation dieser Stars in Anwendung, durch die der Druck des Auges ständig herabgesetzt wird. Die Erfolge waren über Erwartungsgünstig, besonders wenn die Operation frühzeitig erfolgte, so daß durch den genialen Augenarzt einer der schlimmsten Feinde der Menschheit einen Teil seiner Schreden verlaz.

Gräfe setzte auf seinem Sondergebiete die erfolgreiche Tätigkeit seines Vaters fort, der einer der ausgezeichnetsten Chirurgen war und schon vor mehr als 100 Jahren plastische Operationen durchführte, die zur Verschönerung des Menschen dienten und heute vielfach angewandt werden. So bildete er bereits im Jahre 1816 eine Nase aus der Armhaut und im Jahre 1817 aus der Haut der Stirn. Diese „deutsche“ Methode, wie sie genannt wird, wurde die Grundlage für alle ähnlichen ärztlichen Maßnahmen auf diesem Gebiete. Albrecht v. Gräfe hatte also in seinem Vater einen vorbildlichen Lehrer und war, gleich diesem, nicht nur auf seinem Spezialfach führend, sondern auf allen Gebieten der Medizin, insbesondere der Nerven- und Gehirnkrankheiten ein Hochmann ältester Ranges, der in kurzer Zeit einen Weltruf genos. Er hatte sich im Jahre 1853 als Privatdozent an der Universität Berlin niedergelassen. Fünf Jahre später wurde er außerordentlicher Professor und Direktor der Augenklinik in der Charité. Im Jahre 1866 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt. Als Universitätslehrer war er ebenso groß wie als Arzt, denn er verstand es, seinen Hörern die Liebe zur Wissenschaft und das ärztliche Verantwortlichkeitsgefühl einzuflößen, wie er selbst ein unermüdlicher und stets hilfsbereiter Arzt und Berater der Kranken war. So ist er als Charakter, als Mensch und als Gelehrter vorbildlich und bahnbrechend gemorden. Am 22. Mai 1882 wurde sein Denkmal in Berlin enthüllt, das von dem Bildhauer Stiemering entworfen wurde, 12 Jahre nach seinem Tode, denn er starb schon im Alter von 42 Jahren, am 20. Juli 1870.

Ein neuer Blick in die Werkstoff des Kosmos. Der berühmte amerikanische Physiker Dr. Robert A. Millikan gab in einem Vortrag, den er in San Marino in Kalifornien gehalten hat, eine neue aufsehenerregende Theorie vom Aufbau des Universums bekannt. Er erklärte, daß seine Untersuchungen noch nicht beendet seien, daß er aber zu der Anschauung gelangt sei, daß die Welt nicht, wie man bisher geglaubt, durch emige Abgabe von Energien dahinschwände, sondern daß in den Himmelskörpern unaufhörlich neue Kräfte entstehen. „Wir haben“, so führte er aus, „seit 30 Jahren erkannt, daß durch die radioaktiven Vorgänge die schwereren Atome in leichtere umgewandelt werden. Man darf daher erwarten, daß irgendwo im Weltall ein aufbauender Prozeß vor sich geht, der die durch die Radioaktivität vernichteten Kräfte wieder herstellt und erneuert.“ Millikan hat in den Hochgebirgen von Kalifornien und Bolivien die kosmischen Strahlen untersucht und sie mit Hilfe von selbstregistrierenden Elektroskop, die in Ballons fast durch die gesamte Ausdehnung der Erdatmosphäre gesandt wurden, studiert. Er hat dadurch neue Erkenntnisse gewonnen und behauptet, daß überall um uns, sowohl in den Sternen und den Sternennebeln wie in den Tiefen des Welttraums ein kapazitiver Prozeß vor sich geht, und daß die kosmischen Strahlen durch den Welttraum die Geburt gewöhnlicher Elemente aus positiven und negativen Elektronen verdienen. Wenn man sich daran erinnert, daß das positive Elektron der Kern eines Wasserstoffatoms ist und daß alle spektroskopischen Beobachtungen überall im Welttraum Wasserstoff anzeigen; wenn man jedoch erndet, daß wir in den letzten 15 Jahren erkannt haben, daß alle Elemente des Weltalls des Gewichtes des Wasserstoffatoms aufweisen, wie es in dem Bau des Heliums erscheint, so führt das alles darauf hin, daß der Vorgang des Umbaus aus positiven und negativen Elektronen unaufhörlich vor sich geht.“ Millikan will durch neue und genauere Messungen der kosmischen Strahlen, als je vorher gemacht wurden, feststellen haben, daß diese Strahlen die Träger dieser neugebildeten Energien sind.

Schneuzt euch in Papiet! Eine Hauptursache unserer Krankheiten und Epidemien ist das Taschentuch, verflüchtigt Raoul Mondel, ein bekannter kanadischer Arzt. Mondel wirbt in einem Aufruf für die internationale Einführung des Seidenpapiers auch zu nassen Schweden, wie in Japan.

Der Kampf um das Ferngas.

Im Preussischen Landtag. — Städtetag gegen Ruhr.

Am Dienstag nahm der Hauptausschuss des Preussischen Landtages zu den vorliegenden Anträgen in der Ferngasfrage Stellung. Die bürgerlichen Parteien fühlten sich bei der Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens und der Rechtsstellung eines privaten Gasmonopols nicht ganz wohl. Ist doch durch die bisherige Diskussion der Kohlen-, Gas- und Eisenbahndirekte die von der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung aufgestellte Behauptung von dem großen volkswirtschaftlichen Vorteil, der in der Ferngasversorgung durch die Kokerieien der Kohlenzechen läge, nicht allzuviel mehr übrig geblieben. Da nach den bestehenden Gesetzen der staatliche Einfluss nur über das Wege- oder Enteignungsrecht zur Geltung kommen kann, hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion erst versucht, diesen Einfluss durch ein besonderes Gesetz zu erreichen, in dem gesagt war, daß die Errichtung von Gasleitungen über 2 Atmosphären Druck außer der politischen der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe bedürfe. Nachdem festgestellt, daß das Zentrum auf diesen Boden nicht treten wollte, legte unsere Fraktion folgenden Antrag vor:

„Die Staatsregierung wird ersucht, der Entwicklung der Gasfernversorgung ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Im Interesse der Kommunen und der Konsumenten ist alles zu tun, um den größtmöglichen Einfluss des Staates bei der Ferngasversorgung zu sichern.

Das Enteignungsrecht ist nur dann zu erteilen, wenn die Interessen der Allgemeinheit genügend gewahrt sind und jede Möglichkeit eines Monopolmissbrauches ausgeschlossen ist. Insbesondere ist anzustreben, daß durch Options- und Heimfallsbestimmungen der künftige Einfluss des Staates, der Provinzen und der Gemeinden gesichert wird. Durch Preisbegünstigungsbestimmungen und durch Festlegung einheitlicher Vertragsfristen und Kündigungsstermine für Lieferung und Durchleitung muß die gleichmäßige Behandlung der Kommunen verbürgt werden. Ebenso muß erreicht werden, daß für Arbeiter, die durch die Stilllegung von kommunalen Gaswerken arbeitslos werden, eine angemessene Entschädigung gezahlt wird.“

Außer diesem Antrag lag ein Antrag des Zentrums und der Kommunisten vor. Die Kommunisten verlangten, daß die Beseitigung der Bevölkerung mit Gas, Elektrizität und Wasser der privatrechtlichen Ausbeutung entzogen und nur als Aufgabe der Kommunalverbände und des Staates erklärt würde. Der Zentrumsantrag war sehr widerspruchsvoll und ließ in seiner unglücklichen Formulierung die später von den Zentrumsrednern keineswegs preisgegebene Auffassung, daß Gas, Elektrizität, Wasser und Verkehr grundsätzlich öffentlich zu bewirtschaften sind, vermissen.

Nach einer sachlich ganz deplacierten Bemerkung über die öffentliche Hand in der Gaswirtschaft hieß es am Schlusse:

„Das Staatsministerium wird ersucht, angesichts der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Gasfernversorgung, elektrische Fernleitungen, Fernwasserleitungen und dergleichen, den Unternehmungen die Enteignungsbefugnis im Rahmen des geltenden Rechts zu erteilen und nötigenfalls beschleunigt einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wodurch das Enteignungsrecht und angemessener Einfluss des Staates sowie die Durchführung derartiger Fernleitungen gesichert wird.“

Also Enteignungsbefugnis an das Schwerkopital, ohne jegliche Bedingungen und Sicherungen! Der preussische Handelsminister Schreiber sprach sich für den sozialdemokratischen Antrag aus und auf seinen Vorschlag wurden im Zentrumsantrag hinter dem Wort „Unternehmungen“ die Worte „unter Wahrung der öffentlichen Interessen“ eingefügt.

Volkspartei und Deutschnationale waren natürlich für den Zentrumsantrag, da sie ja — ganz besonders die Volkspartei — der Meinung sind, solche Dinge regeln sich in der freien Wirtschaft von selbst. Der Vertreter der Volkspartei sprach auch von Kettenhandel und Bucher mit Gas und Elektrizität, vergaß aber dabei, daß es keine politischen Freunde sind, die in erster Linie in den Kommunen immer mehr aus den städtischen Werken herausquetschen wollen, um nur nicht mehr Kommunalsteuern bewilligen zu müssen.

Die unklare Stellungnahme des Zentrums erfolgte offenbar nicht ohne starke Beeinflussung durch die Industriebesitzer der Ruhrgebiets. Vor der Öffentlichkeit könnte das Zentrum seine Stellungnahme für das private Ruhrkapital unmöglich verantworten. 1925, als es auch schon Zechenferngasleitungen im rheinisch-westfälischen Gebiet gab, sagte das Zentrum: Grundsätzlich gehört die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität in die öffentliche Hand. 1927, im Preussischen Landtag, hieß es noch: Im Interesse der Kommunen und Konsumenten größter Einfluss des Staates in der Ferngasversorgung.

Mit der vom Minister vorgeschlagenen Einschränkung wurde der Zentrumsantrag gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen.

Zur richtigen Zeit ist ein Sonderdruck des Artikels „Das Problem der Ferngasversorgung“ vom Vizepräsidenten des Städtetages, Dr. Fritz Effas, aus dem „Deutschen Volkswirt“ erschienen. Der Vizepräsident des Städtetages sagt am Schluß zusammenfassend:

„Wahrscheinlich kann also die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Ferngasversorgung dahin beantwortet werden, daß eine Verbilligung des Gases für die Gemeinden durch den Ferngasbezug im allgemeinen nicht zu erwarten ist. Unter Umständen könnte sogar der Wegfall der Einnahmen aus den Nebenprodukten und dem Koksgeschäft zu einer Erhöhung der Gaspreise führen. Zweifellos werden die Städte nach Einführung des Ferngasbezuges den benötigten Zechenkostener bezahlen müssen, als den bisher aus der eigenen Erzeugung zur Verfügung stehenden Gaskosten, der bei der gemeindlichen Gaserzeugung nur Nebenprodukt ist. Der Gaskosten bildete bisher ein Regulierungsmoment für die Kokspreise, das von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung war. . . Der Allgemeinheit wird bei Durchführung der Ferngasversorgung, mögen die Lieferungsverträge lauten wie sie wollen, auf jeden Fall das Selbstbestimmungsrecht genommen. Die Regulierung der Preise für die bei dem Entgeltungsprozess gewonnenen Nebenprodukte wie Koks, Teer, Ammoniak, Benzol usw. fällt weg. Die Sicherheit der Gasversorgung wird wesentlich gemindert. . . Volkswirtschaftliche Notwendigkeiten für eine Ferngasversorgung von den Kohlenzechen aus sind zu befehlen nicht. Diese sprechen vielmehr für die Schaffung dezentralisierter Gruppengasversorgungen.“

Unsere Kommunalvertreter müssen, bevor sie Entscheidungen irgendwelcher Art fällen, sich eingehend mit dem Für und Wider

Ein neuer Subventionsfandal.

Folge des Notprogramms. — Reparationslasten Herrn Schiele zu niedrig.

Neben den zur Sanierung der Landwirtschaft oder praktisch für den Wohlstands Schieles im Notprogramm angeforderten 85 Millionen Mark ist eine Forderung des Notprogramms in der Öffentlichkeit so gut wie unbenutzt geblieben: Die Ausdehnung des Einfuhrschutzes auf Schweine und Schweinefleisch. Es würde jedoch wundernehmen, wenn diese in Schieles Programm scheinbar nebensächliche Forderung nicht ähnlichen Charakter trüge, wie die großen Subventionen für die notleidenden Betriebe, Genossenschaften und die Vieh- und Fleischverwertungsanstalt.

Seit vielen Jahren fordert die schweinezüchtende nordwestdeutsche Landwirtschaft die Aufhebung der Futtermittelzölle oder, da angesichts des politischen Widerstandes der Großgroßarier dieses Verlangen bisher aussichtslos war, die Ausdehnung des Einfuhrschutzes auf die Schweine- und Schweinefleischausfuhr, um nach England Schweinefleisch exportieren zu können. Diese Ausfuhr war bisher den deutschen Schweinemästern unmöglich, weil die zur Rüstung der Schweine notwendige Futtermittel mit einem so hohen Zoll belastet ist, daß die Produktionskosten der Schweine in Deutschland um 10 Mark je Doppelzentner höher liegen als in Dänemark.

Um der nordwestdeutschen Landwirtschaft die Befreiung des englischen Marktes in gesunder Konkurrenz mit den dänischen und kanadischen Schweineexporteuren zu ermöglichen, hat die Sozialdemokratie bereits vor einigen Monaten im Reichstag einen Antrag auf Erteilung von Einfuhrschutzes bei Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch gestellt. Dieser Antrag wollte nichts anderes als die Einbeziehung der Schweineausfuhr und Versteigerung in den zollfreien Veredelungsverkehr; die Einfuhrschutzes sollten lediglich zur zollfreien Einfuhr von Futtermitteln zur Schweinemast gültig sein. Ihre Höhe sollte so bemessen werden, daß zwar die Vorbelastung des deutschen gegenüber dem dänischen Schweinemäster durch den Futtermittelzoll aufgehoben, aber keine Exportprämie darüber hinaus gewährt wird.

Dieser gesunde Gedanke, den deutschen Schweinemäster in einen ehrlichen Wettbewerb zu den dänischen Schweinemästern treten zu lassen, hat Herr Schiele in seinem Notprogramm in sein Gegenteil verkehrt.

Er hat nicht nur die Gültigkeit der Einfuhrschutzes für alle durch Einfuhrschutzes geschützten Waren verlangt, sondern er hat auch die Höhe des Einfuhrschutzes so bemessen, daß über die Rückvergütung des Futtermittelzölles bei der Schweineausfuhr für jeden Doppelzentner 6 Mark, und für jeden Doppelzentner Bacon (Geräucherter) circa 8 Mark Exportprämie in die Tasche des Exporteurs fließen würden.

Dieser wird dadurch in die Lage versetzt, entweder die Dänen auf dem englischen Schweinemarkt stark zu unterbieten oder, falls dieses deutsche Schweineexporteure zu englischen oder dänischen Gegenmaßnahmen führen oder die Schweineausfuhr auch ohne Dumping möglich sein sollte, einen Exportprofit von 6 Mark je Doppelzentner in die eigene Tasche zu stecken. Bezahlt werden müssen diese, nicht einmal der Landwirtschaft, sondern dem Viehhändler zufallenden Subventionen aus den Fiskusentnahmen, d. h. aus der Reichskasse und den Steuermitteln. Bereits bei einer Ausfuhr von 200 000 Schweinen, das sind nur rund 4 Proz. der dänischen Ausfuhr, würde die Exportprämie die deutsche Reichskasse mit mehr als eine Million Mark belasten.

In einem besonders merkwürdigen Licht erscheint diese Subvention Schieles im Hinblick auf die deutschen Reparationslieferungen. Zurzeit muß auf Reparationskonto ein Kontingent von 3000 Schweinen nach Frankreich geliefert werden. Auch jedem dieser Reparationslieferanten genügt Herr Schiele zugunsten des Handels eine Exportprämie von 6 Mark mit auf den Weg zu geben. Scheinbar ist Herr Schiele der Ansicht, daß das deutsche Volk bisher zu wenig Reparationen zahlt und daß es Aufgabe seines Notprogramms ist, diese geringen Zahlungen zu erhöhen. Es sei ihm dies nicht benommen. Jedoch wäre es angebracht, daß die Reichsregierung Herrn Schiele nahelegt, diese Extrareparationen nicht aus Steuermitteln der Gesamtheit, sondern aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen.

Die deutschen Schweinehändler, denen Schieles freiwillige Reparationszahlungen zugute kommen, sitzen seit Wochen in Paris, um dort große Schweinelieferungen Deutschlands nach Frankreich auf Reparationskonto abzuschließen. Sie werden Herrn Schiele für seine Liebe und Freundschaft sicherlich besonderen Dank wissen.

Einfuhrüberschuß geht zurück.

Februar um 190 Millionen. — Starke Ausfuhrsteigerung.

Nach der Erhöhung des Einfuhrüberschusses auf 498 Millionen im Monat Januar, die von der agrarischen Reichspresse sehr mit Unrecht für ihre Sonderinteressen ausgenutzt wurde, ist im Monat Februar der Einfuhrüberschuß sehr beträchtlich, und zwar um 190 Millionen auf 308 Millionen Mark zurückgegangen. Die gesamte Warenzufuhr sank von 1360 auf 1250 Millionen, die gesamte Warenzufuhr fiel von 862 auf 942 Millionen. Aus der Abnahme der Einfuhr um 110 und der Zunahme der Ausfuhr um 80 Millionen ergibt sich die entsprechende „Besserung“ der Handelsbilanz.

Table with 3 columns: Warengruppen, Einfuhr (in Mill. M.), Ausfuhr (in Mill. M.). Rows include: Lebende Tiere, Lebensmittel und Getränke, Rohstoffe u. halbfert. Waren, Feinere Waren, Reiner Warenverkehr, Gold und Silber, and a total row.

Im einzelnen ging die Lebensmitteleinfuhr um rund 133 auf 319,4 Millionen zurück. Die Einfuhr von Rohstoffen ist um rund 34 auf 696,2 Millionen Mark gestiegen, wobei die Hauptzunahme auf die Einfuhr von Textilrohstoffen (36,7 Millionen Mark mehr) entfiel. Gleichzeitig ist die Rohstoffausfuhr um rund 18 auf 209,2 Millionen ebenfalls angewachsen. Beide Ziffern sprechen für die große Bedeutung der Seilmonumente in der Wirtschaftslage für die Fortdauer einer relativ starken Konjunktur, wobei besonders die Einfuhrsteigerung von Textilrohstoffen zu beachten ist. Mit fast 700 Millionen eingeführten Rohstoffen ist seit der Stabilisierung eine Rekordziffer erreicht.

Die auswärtige Fertigwarenbilanz hat sich ebenfalls erheblich gegenüber dem Monat Januar gebessert. Die Fertigwareneinfuhr ging um 7,4 auf 223,3 Millionen zurück, wobei in der Hauptsache Fertigwaren weniger eingeführt wurden, und die Ausfuhr von Fertigwaren stieg um 58 auf 690,2 Millionen Mark. An dieser Steigerung sind Fertigwaren mit 13,6 Millionen mit 5, Leder mit 5,1, Holzwerkzeugen und Eisenwaren mit 4,2 Millionen Mark beteiligt. Eine nennenswerte Abnahme der Fertigwarenausfuhr war bei keiner Warenart festzustellen.

Vom Elektrokampf der Saar. In der Ausschussratssitzung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes in Essen haben Minister a. D. Dr. Hermes und Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Haxel über ihre im Saargebiet durchgeführte Verhandlungen zur Beilegung des Saarelektristrites berichtet. Nachdem diese als Treuhänder vermittelnden beiden Präsidialmitglieder des RWE sich im Saargebiet von der Einseitigkeit des Wunsches überzeugt haben dürften, daß das RWE sich aus dem Saargebiet zurückziehen soll, dürften wohl bald auch beim RWE die Konsequenzen daraus gezogen werden. — Zur Errichtung neuer Anlagen will die im Saargebiet führende Saarländ. Elektrizitätsgesellschaft eine Hollandanleihe von 1,2 Millionen Gulden aufnehmen, für die die Stadt Saarbrücken die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hat. Die Zeichnung soll in der nächsten Woche bereits erfolgen.

Zu neuen und beachtlichen Wegen für die Geldbeschaffung hat sich unter dem Druck der Auslandsanleihsperre die Stadt Frankfurt entschlossen. Die Stadtverordneten hatten eine Inlandsanleihe von 20 Millionen Mark bewilligt. Diese Anleihe soll aber, offenbar mit Rücksicht auf die gegenwärtig ungünstigen Bedingungen, nicht sofort begeben werden. Vielmehr sollen dreijährige fünfprozentige Schatzscheine, die später in einer längerfristigen siebenprozentigen Anleihe umgetauscht werden können, ausgegeben werden. Um den Anreiz für die niedrig verzinslichen Schatzscheine zu erhöhen, wird ein hoher Rückzahlungsausschlag gewährt, der im Durchschnitt 8 Proz. betragen wird. Hier liegt ein außerordentlich interessanter, in seinem Ergebnis aufmerksam zu verfolgender Versuch vor, den gegenwärtig sehr ungünstigen Anleihebedingungen auf dem inländischen Kapitalmarkt durch die Einziehung des Kredites privater Banken nach Möglichkeit aus dem Wege zu gehen.

beschäftigen und Wert darauf legen, Sachleute zu hören, die nicht beeinflusst sind von der Ruhrkrise. Bei allen Entscheidungen dürfen unter keinen Umständen die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden ausschlaggebend sein, sondern die höheren Gesichtspunkte, die Interessen des Volksganzen, müssen in den Vordergrund gerückt werden. Der neue Landtag wird sich sicherlich sehr bald mit dieser Frage ebenfalls zu befassen haben, denn der Kampf zwischen Privatwirtschaft und Kommunalwirtschaft geht weiter. A. Haas, M. D. D.

Die Reform der Zigarettensteuer.

Risikoführung der Verbesserungsvorschläge durch die Regierung

Der Gesetzesentwurf zur Reform der Zigarettensteuer liegt jetzt dem Reichstag vor. Wir haben seinerzeit berichtet, daß der Reichswirtschaftsrat in seinem Gutachten den Gesetzesentwurf der Regierung als unzulänglich in bezug auf die Verkürzung der Stundungsfristen für die Bändersteuer gekennzeichnet hat, und daß er die Zwangsregelungen für den Zigarettenvertrieb durch Festsetzung von Rabatten, Festsetzung von Zahlungsbedingungen und Kontingentierung des Reklameaufwandes, die der Entwurf im Einklang mit den Wünschen der großen Zigarettenfabrikanten enthält, abgelehnt hat. Der Reichswirtschaftsrat hat gegenüber den Regierungsvorschlägen einen anderen Weg vorgeschlagen, der die völlige Beseitigung der zinsfreien Steuerkredite der Zigarettenindustrie gewährleisten sollte, und was in der Regierungsvorlage fehlt, auch für die Materialsteuer den Zahlungsausschuß von sechs auf vier Monate verkürzen wollte.

Die zweckmäßigen Vorschläge des Reichswirtschaftsrats sind an den Regierungsentwurf spurlos vorübergegangen. Der Gesetzesentwurf wird in seiner ursprünglichen Fassung dem Reichstag vorgelegt — die Begründung hält es nicht einmal der Mühe wert, sich mit dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats irgendwie auseinanderzusetzen. Neu hinzugekommen ist nur noch ein Vorschlag des Reichsrats, der die Zwangsregelung für den Zigarettenvertrieb verschärfen will durch das Verbot, im Kleinhandel Zigaretten billiger zu verkaufen, als zu den auf den Steuerzeichen angegebenen Preisen. Man will also das sogenannte Schleudern, durch das heute ein Teil der Verbraucher mit billigeren Zigaretten versorgt wird, unter Strafe stellen. Dieser Schutz eines Kleinkaufspreises, der vom Fabrikanten festgesetzt wird, dessen Angemessenheit aber in keiner Weise kontrolliert wird, wäre ein besonders bedenklicher Präzedenzfall für die Hochhaltung der Preise von Markenartikeln mit geschützter Hilfe.

Es wird nun die Aufgabe des Reichstags sein, den Regierungsentwurf im Interesse des Steueraufkommens zu verbessern. Der Reichstag wird dabei in bezug auf die bessere Form und das radikalere Maß der Beseitigung der unverzinslichen Steuerkredite, die in den letzten Jahren der Zigarettenindustrie zugestossen sind, sich auf das Gutachten des Reichswirtschaftsrats zweckmäßig stützen können. Die Zwangsregelung, die keinen anderen Sinn hat, als die Lasten dieser notwendigen Kreditentziehungskur von der Zigarettenindustrie auf den Handel und die Zigarettenraucher mit Reichshilfe abzuwälzen, muß unbedingt beseitigt werden. Wenn man glaubt, daß sich die Dinge so weit entwickelt haben, daß die Zigarettenindustrie bei freier Wirtschaft ihre Steuerfunktionen nicht erfüllen kann, so gibt es nur einen Ausweg: die Vorbereitung des Staatsmonopols, nicht aber den Schutz bestimmter Interessengruppen durch eine gesetzliche Zwangsregelung, die dem Verbraucherinteresse nicht dient und nur geirret ist, einen unermesslichen Bereinigungsprozess in der Zigarettenindustrie künstlich aufzuhalten.

Es wäre sehr erwünscht, wenn es dem Reichstag gelänge, auf diesem Gebiet noch schnell vernünftige Arbeit zu leisten, damit das Sinken neuer Steuerkredite in die Industrie ein Ende findet. Die Wirksamkeit der Regelung darf aber nicht auf Kosten der Richtigkeit gehen, d. h. es darf nicht, um nur schnelle Arbeit zu leisten, ohne unvernünftige Interessengruppenregelung zum Gesetz erhoben werden.

